



MENSCHENRECHTE IN DEN PHILIPPINEN UNTER DUTERTE

ÜBER DAS AKTIONSBÜNDNIS MENSCHENRECHTE – PHILIPPINEN

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) wirkt durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf politische Entscheider*innen und Multiplikator*innen in Deutschland und der EU mit dem Ziel ein, zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen beizutragen. Trägerorganisationen des Bündnisses sind Amnesty International, Brot für die Welt, das International Peace Observers Network (IPON), MISEREOR, Missio-München, das philippinenbüro e.V. im Asienhaus und die Vereinte Evangelische Mission (VEM). Thematische Schwerpunkte der Arbeit sind extralegale Hinrichtungen, Verschwindenlassen und konstruierte Anklagen gegen politische Aktivist*innen.

IMPRESSUM

© 2019, Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, Köln

Redaktion: Johannes Icking, Hannah Wolf, Mirjam Overhoff

Texte: Johannes Icking

Lektorat: Lektorat Lulay, Berlin

Gestaltung und Layout: unikat Werbeagentur GmbH, Wuppertal

Druck: DieUmweltdruckerei

Fotos: Raffy Lerma (Titel, S. 4, 7, 9), Presidential Photo (S. 6), Johannes Icking (S. 2, 11, 12, 15, 23, 25), REUTERS / Romeo Ranoco (S. 10), Garciabillyjoe, mit CC-BY 2.0 Lizenz (S. 18), Avito C. Dalan / Philippine News Agency (S. 19), NATA Media Affairs Division (S. 21), Desaparecidos (S. 24), Legal Rights and Natural Resources Center (S. 27)

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	5
ZUSAMMENFASSUNG – MENSCHENRECHTE UNTER DUTERTE	6
KRIEG GEGEN DIE DROGEN	8
Außergerichtliche Hinrichtungen	8
Keine adäquate Aufklärung	8
Todesstrafe und Senkung des Strafmündigkeitsalters	10
Fall: John Jezreel David	10
MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN	11
Drohungen und falsche Anschuldigungen	11
Morde an Menschenrechtsverteidiger*innen	14
Kriminalisierung	15
Fokus: Negros	16
POLITISCHE OPPOSITION	18
Fall: Leila de Lima	19
PRESSEFREIHEIT	20
Fall: Rappler und Maria Ressa	21
STRAFFREIHEIT UND KOOPERATION MIT DEM INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSSYSTEM	22
Kooperation mit internationalen Menschenrechtsmechanismen	22
Fall: Jovito Palparan	24
INDIGENENRECHTE	25
Fall: Lake Sebu Massaker	27
EMPFEHLUNGEN AN DIE PHILIPPINISCHE REGIERUNG	28
EMPFEHLUNGEN AN DIE EU	29
EMPFEHLUNGEN AN ANDERE INTERNATIONALE AKTEUR*INNEN	29
LISTE GETÖTETER MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN UND JOURNALIST*INNEN	30



*Polizist*innen sichern die Demonstration
zum 46. Jahrestag der Erklärung des Kriegsrechts
durch Ex-Diktator Marcos*

VORWORT

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) wurde im Jahr 2007 von kirchlichen Werken und Nicht-Regierungsorganisationen in Deutschland gegründet, die langjährige Partnerbeziehungen zu zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in den Philippinen pflegen. Dies geschah vor dem Hintergrund einer seit 2001 signifikant gestiegenen Zahl von politischen Morden und weiteren schweren Menschenrechtsverletzungen, über die die Partnerorganisationen berichtet hatten. Auch Mitarbeiter*innen und Menschenrechtsaktivist*innen aus dem Partnerspektrum wurden ermordet, durch fingierte Anklagen kriminalisiert oder verschwunden gelassen.

Vor diesem Hintergrund hat das AMP in den Jahren 2014 und 2017 Menschenrechtsberichte veröffentlicht, um international auf Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen aufmerksam zu machen und die philippinische Regierung dazu zu bewegen, vergangene Verbrechen aufzuklären, Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen und Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass die auch auf internationalen Druck erfolgten Reformen im Justizsystem unter Präsident Benigno Aquino nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Menschenrechtssituation geführt haben – auch wenn einer der Hauptbeschuldigten, General Jovito Palparan im Jahr 2017 zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

In dem kurz nach Beginn der Präsidentschaft von Rodrigo Duterte erschienenen Menschenrechtsbericht des AMP von 2017 wurden zudem Befürchtungen über neue Formen von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem von der Regierung ausgerufenen „Krieg gegen die Drogen“ geäußert. Diese und andere Sorgen – so zeigen es die Entwicklungen der letzten beiden Jahre – scheinen sich bewahrheitet zu haben. So hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Juni 2019 eine Resolution verabschiedet, in der der Rat angesichts von gravierenden Anschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen seine Besorgnis äußert. Diese betreffen neben tausenden Fällen von Tötungen im Krieg gegen die Drogen auch Verschwindenlassen, willkürlichen Verhaftungen, Einschüchterungen und Repressionen der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger*innen, Indigenen, Journalist*innen, Mitgliedern der politischen Opposition sowie Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.¹

Der hier veröffentlichte 3. Menschenrechtsbericht des AMP gibt einen Überblick mit Hintergrundinformationen zu den in der Resolution genannten Formen von Menschenrechtsverletzungen mit Anregungen an die philippinische Regierung, die EU und internationale Akteur*innen.

Ausdrücklich gedankt sei dem Verfasser dieses Textes, Johannes Icking, der als Koordinator des AMP maßgeblich durch eigene Recherche, Partnerbesuche und Kontakte zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen zur Veröffentlichung dieser Publikation beigetragen hat.

Für den Trägerkreis des
Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen:

Jochen Motte
Vereinte Evangelische Mission

¹ Human Rights Council, "Promotion and protection of human rights in the Philippines", 5.6.2019, *A/HRC/41/L.20*

ZUSAMMENFASSUNG



Präsident Duterte
umgeben von
Anhänger*innen

In den Philippinen, die nach dem friedlichen Sturz des Diktators Ferdinand Marcos 1986 lange als Vorreiterin einer demokratischen Entwicklung in Asien galten, ist die Idee universeller Menschenrechte unter immensen Druck geraten. Im Juli 2016 trat Rodrigo Duterte das Amt des philippinischen Präsidenten mit dem ausdrücklichen Versprechen an, zehntausende mutmaßliche Drogenkriminelle töten lassen zu wollen. Heute, zur Halbzeit seiner sechsjährigen Amtszeit, wird deutlich, dass dieses Versprechen grausame Realität geworden ist. Aber auch jenseits des sogenannten „Kriegs gegen die Drogen“ gab Duterte all jene, die sich gegen ihn und seine Politik stellten, buchstäblich zum Abschuss frei. Der vorliegende Bericht zeigt, wie die vom Präsidenten verbreitete Rhetorik der Gewalt zu einer Menschenrechtskatastrophe geführt hat, die die ohnehin prekäre Situation unter seinen Vorgänger*innen in einen traurigen Schatten stellt.

Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Wahlsiegs Dutertes häuften sich Berichte über Tötungen von mutmaßlichen Kriminellen während Polizeioperationen. Mittlerweile ist klar, dass Duterte sein Wahlversprechen wahr gemacht hat, auf massenhafte außergerichtliche Hinrichtungen zurückzugreifen, mit dem Ziel, die Drogenkriminalität im Land auszumerzen. Der philippinischen Menschenrechtskommission zufolge könnte die Zahl der Todesopfer des Kriegs gegen die Drogen mittlerweile 27.000 erreicht haben. Deutlich wurde auch, dass die Tötungen systematisch geplant und durchgeführt werden. Die Namen der Opfer, die ganz überwiegend der ärmsten Bevölkerungsschicht des Landes entstammen, werden ohne jegliches rechtsstaatliches Verfahren auf Überwachungslisten gesammelt. Auch werden gezielt Beweise gefälscht, um eine strafrechtliche Verfolgung der Täter*innen, die in den Reihen der Polizei, aber auch in den von diesen kontrollierten kriminellen Banden zu suchen sind, zu verhindern. Bei dieser gezielten Massenmordkampagne der Regierung könnte es sich um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des internationalen Strafrechts handeln.²

Stark bedroht sind unter Duterte aber auch Menschenrechtsverteidiger*innen, Oppositionspolitiker*innen und unabhängige Medien. So wurden zwischen Juli 2016 und August 2019 mindestens 200 Menschenrechtsverteidiger*innen und 14 Journalist*innen getötet. Zwar waren die Philippinen auch schon vor Duterte eines der gefährlichsten Länder der Welt für diese Gruppen, die Zahl der Morde hat aber noch einmal deutlich zugenommen. Dies liegt auch daran, dass die Regierung oppositionelle Kräfte systematisch als staatsfeindlich denunziert und ihnen oftmals unterstellt, Unterstützer*innen der kommunistischen Rebellen der New People's Army (NPA) zu sein. Kritische Stimmen, die so gebrandmarkt werden, werden besonders häufig Opfer von tödlicher Gewalt oder werden, vielfach unter falschen Anschuldigungen, kriminalisiert.

Schwere Menschenrechtsverletzungen bleiben in den Philippinen auch weiterhin fast immer ungeahndet. In nur einem einzigen Fall einer Tötung im Kontext des Kriegs gegen die Drogen wurden die verantwortlichen Polizist*innen wegen Mordes verurteilt. Dem stehen vermutlich zehntausende Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen mutmaßlicher Krimineller und über 200 Morde an Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen gegenüber. Die fast absolute Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverletzungen, die auch schon unter Vorgängerregierungen ein strukturelles Problem darstellte, liegt nun nicht mehr nur in einem dysfunktionalen und unterfinanzierten Justizsystem begründet. Der Präsident selbst versprach den Mitgliedern der Sicherheitskräfte mehrfach, Anklagen gegen sie nicht zuzulassen.

Diese Weigerung, systematische Menschenrechtsverletzungen aufzuklären, richtet sich nicht nur gegen die eigene Justiz, sondern auch gegen internationale Menschenrechtsmechanismen. So traten die Philippinen nicht nur aus dem Internationalen Strafgerichtshof aus, nachdem dieser die Eröffnung einer vorläufigen Untersuchung angekündigt hatte. Die Regierung weigert sich auch, mit dem UN-Menschenrechtsrat zu kooperieren, und sprach sogar gegen mehrere Vertreter*innen des UN-Systems direkte Drohungen aus.



Weiterhin sind auch die Mitglieder der indigenen Gemeinschaften der Philippinen und insbesondere die Lumads auf der Insel Mindanao im Süden der Philippinen von schweren Menschenrechtsverletzungen betroffen. Indigene geraten dabei vor allem zwischen die Fronten des innerstaatlichen Konflikts zwischen philippinischer Regierung und dem Aufstand der kommunistischen NPA. Unabhängige Indigenenschulen werden systematisch von Militär und Paramilitärs verdächtigt, als Ausbildungslager der NPA zu dienen, und aus diesem Grund angegriffen. Bergbauvorhaben und Großplantagen auf indigenen Gebieten sind ein weiterer Grund für Vertreibung.

Zusammen zeichnen diese Entwicklungen ein düsteres Bild für die Philippinen. In nur drei Jahren wurden nicht nur vermutlich mehrere zehntausend Menschen Opfer tödlicher Gewalt. Die Regierung Duterte versucht auch systematisch, all jene zum Schweigen zu bringen, die Kritik an ihr üben. Dabei werden wichtige Erfolge der Demokratisierung und Etablierung von Rechtsstaatlichkeit, die die Philippinen nach dem Ende der Marcos-Diktatur mühsam errungen hatten, im Eiltempo wieder zunichte gemacht. Dies alles geschieht mit der offenen oder zumindest stillschweigenden Unterstützung eines Großteils der philippinischen Bevölkerung.³ Umso wichtiger ist es, dass die internationale Gemeinschaft die demokratischen Kräfte in der philippinischen Zivilgesellschaft unterstützt und die Regierung deutlich und unmissverständlich zur sofortigen Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards auffordert.

² Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs definiert Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Artikel 7 u. a. als vorsätzliche Tötungen, die „im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen“ werden.

³ Umfragen zufolge waren Anfang 2019 79% der erwachsenen Filipino*as mit der Regierungsarbeit von Präsident Duterte zufrieden. Social Weather Stations, „First Quarter 2019 Social Weather Survey“, 10.4.2019, bit.ly/2jZ5UFD

Das überfüllte Quezon City Jail

KRIEG GEGEN DIE DROGEN

Bereits im Wahlkampf um das Präsidentenamt hat Duterte nicht nur deutlich gemacht, dass die Beendigung von Drogenkriminalität das bestimmende politische Ziel seiner Amtszeit werden würde, sondern auch, dass außergerichtliche Tötungen das präferierte Mittel sind, um dieses Ziel zu erreichen.⁴ Drei Jahre nach seinem Amtsantritt hat der sogenannte Krieg gegen die Drogen tausende Todesopfer gefordert, die zum allergrößten Teil aus den ärmsten Bevölkerungsschichten stammen. Auch weil die Regierung das genaue Ausmaß der Todeszahlen gezielt verschleiert, ist es unmöglich anzugeben, wie viele Menschen bisher ums Leben kamen. Nach Angaben der Philippine National Police (PNP) wurden zwischen Juli 2016 und Mai 2019 6.600 Verdächtige bei Polizeieinsätzen getötet, durchschnittlich also sechs am Tag.⁵ Diese Zahl beinhaltet aber nicht die tausenden Fälle, in denen die Täter*innen unbekannt blieben, weswegen die philippinische Menschenrechtskommission von bis zu 27.000 Toten spricht, die der Krieg gegen die Drogen bis Ende 2018 gefordert haben könnte.⁶ Die Tötungen haben damit ein Ausmaß erreicht, das die Philippinen zu einem der für Zivilist*innen gefährlichsten Länder weltweit machen.⁷

AUSSERGERICHTLICHE HINRICHTUNGEN

Das Morden geschieht mit einer Systematik, die an ethnische Säuberungen erinnert. Dabei spielen Beobachtungslisten, sogenannte „drug watch lists“, eine entscheidende Rolle. In den Barangays, auf unterster Regierungsebene, werden die Namen von verdächtigen Drogenabhängigen und -dealern gesammelt. Die Barangay Anti-Drug Abuse Councils (BADAC) sind beauftragt, solche geheimen Listen zu führen und der Polizei zu übergeben. Bei der Erstellung der Listen werden keine erkennbaren rechtsstaatlichen Verfahren beachtet. Vor allem ist es für die Betroffenen de facto unmöglich, ihren Namen wieder streichen zu lassen, selbst wenn sie darlegen können, entweder niemals mit Drogen in Berührung gekommen zu sein oder diese nun nicht mehr zu nutzen. Die Listen werden von der Polizei auch missbraucht, um Gelistete dazu zu zwingen, als Informant*innen weitere Namen von Verdächtigen zu liefern. Mitunter dienen sie auch bloß als Druckmittel in persönlichen Streitigkeiten. Zudem

stehen die lokalen Offiziellen unter immensem Druck, Namen von Verdächtigen an die Polizei zu übermitteln oder anderenfalls selbst als verdächtig zu gelten, was das Missbrauchspotential weiter erhöht.⁸

In fast allen dieser Fälle behauptet die Polizei, die Opfer hätten sich während eines fingierten Drogenverkaufs, einer sogenannten „buy-bust operation“ mit Gewalt gegen eine Verhaftung gewehrt. Allerdings wurde bislang in keinem einzigen Fall überzeugend dargelegt, dass die beteiligten Polizist*innen wirklich aus Gründen der Selbstverteidigung oder Notwehr zu tödlicher Gewalt greifen mussten. Im Gegenteil berichten Augenzeugen in fast allen dokumentierten Fällen, dass die Opfer regelrecht hingerichtet wurden und ihnen im Nachhinein eine Waffe untergeschoben wurde, um so die Tötungen zu rechtfertigen. Noch deutlich höher ist die Zahl von Morden, bei denen die Täter*innen unbekannt bleiben. Menschenrechtsorganisationen und investigative Medienberichte haben in einer Reihe von Fällen gezeigt, dass es sich bei den Täter*innen um Polizeibeamt*innen in Zivil handelte.⁹ In anderen Fällen scheint die Polizei mit kriminellen Gangs zusammenzuarbeiten, denen sie Aufträge für Morde gibt.¹⁰

KEINE ADÄQUATE AUFKLÄRUNG

Regierung und Sicherheitskräfte sind nicht nur unwillig, Menschenrechtsverletzungen in den eigenen Reihen aufzuklären, sondern verschleiern auch deren Ausmaß. In den ersten Monaten der Kampagne veröffentlichte die Polizei fast täglich Zahlen von Toten, die nicht während offizieller Polizeioperationen gestorben waren. Dabei wurden nicht nur die während Polizeioperationen getöteten Opfer angegeben, sondern auch die, die Bürgerwehren, sogenannten „vigilante groups“ zugeschrieben wurden. Dies änderte sich erst im Januar 2017, als die Kampagne zwischenzeitlich unterbrochen wurde. Damals war bekannt geworden, dass Polizeibeamte den koreanischen Geschäftsmann Jee Ick-Joo gekidnappt, im Polizeihauptquartier Camp Crame festgehalten und schließlich ermordet hatten.¹¹ Seitdem veröffentlicht die Polizei nur noch unregelmäßig Zahlen, die zudem oft nachträglich und ohne überzeugende Gründe wieder nach unten



korrigiert werden. So gab die Regierung in ihrem Fortschrittsbericht zur Anti-Drogenkampagne Ende 2017 neben fast 4.000 Toten in Folge von Polizeioperationen auch weitere 16.355 Mordfälle, sogenannte „homicides under investigation“ an, die gegenwärtig untersucht würden.¹² Mittlerweile wird aber bestritten, dass diese im Kontext des Drogenkriegs stehen.¹³ Obwohl Tötungen im Rahmen des Kriegs gegen die Drogen aus dem ganzen Land gemeldet werden, waren zunächst besonders die Armutsviertel von Metro Manila betroffen. Ein Priester, der sich in der Diözese Caloocan um die Hinterbliebenen von Todesopfern kümmert, berichtet, dass sich zum Höhepunkt der Kampagne allein dort durchschnittlich 30 Morde am Tag ereigneten.¹⁴ Nachdem der für Caloocan zuständige Polizeisuperintendent Chito Bersaluna zum Leiter der Polizei in der nördlich von Manila gelegenen Provinz Bulacan ernannt worden war, häuften sich auch dort die Todesfälle.¹⁵

In nur einem einzigen der tausenden Fälle von Tötungen kam es bisher zu einer Verurteilung. Im November 2018 wurden drei Polizeibeamte wegen des Mordes am 17-jährigen Kian delos Santos in Caloocan zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der Fall hatte zuvor große nationale und internationale Aufmerksamkeit erfahren, weil Aufnahmen von Überwachungskameras zeigten, dass die Polizist*innen den Jugendlichen hingerichtet hatten. Heute nutzt die Regierung diese Verurteilung, um zu argumentieren, dass sie in der Lage sei, unabhängige Untersuchungen der Todesfälle durchzuführen und gegebenenfalls illegitime Tötungen zu bestrafen.¹⁶

Vieles deutet aber daraufhin, dass in den verbliebenen tausenden Todesfällen keine adäquaten Untersuchungen stattgefunden haben. Bei Todesfällen während Polizeioperationen beruft sich die Polizei darauf, dass hier Ordnungsmäßigkeit zu vermuten sei (presumption of regularity), weswegen keine besonderen Untersuchungen erforderlich seien.¹⁷ Dieses Vorgehen widerspricht sowohl polizeiinternen Protokollen¹⁸ als auch internationalen Standards¹⁹, die jeweils eine sol-

che Untersuchung bei jedem Einsatz tödlicher Gewalt durch Strafverfolgungsbehörden zwingend vorschreiben.

Trauerfeier der Brüder Jatty und Duane Bongga, die von der Polizei getötet wurden

Nach Angaben der Polizei wurden zwischen Juli 2016 und Juni 2019 insgesamt 2.400 Polizeibeamt*innen aus dem Dienst entlassen, 4.161 suspendiert und 41 in Gewahrsam genommen.²⁰ Dabei bleibt aber unklar, wie viele dieser Fälle sich auf Vergehen im Kontext des Kriegs gegen die Drogen oder auf andere Sachverhalte beziehen. Zudem sind diese polizeiinternen disziplinarischen Prozesse in Fällen von außergerichtlichen Hinrichtungen kein adäquater Ersatz für Strafverfahren vor ordentlichen Gerichten.

4 Philippine Daily Inquirer, "Duterte confirms 'ties' with Davao Death Squad", 25.5.2015, bit.ly/2mojIGd

5 The Philippine Star, "Drug war death toll now 6,600 – PNP", 19.6.2019, bit.ly/2Lc51Vp

6 ABS-CBN News, "CHR chief: Drug war deaths could be as high as 27,000", 5.12.2018, bit.ly/2YpzyPY

7 The Guardian, "'War on drugs' makes Philippines fourth most dangerous country – report", 9.6.2019, bit.ly/2ZvIHS

8 Amnesty International, "'They just kill' – Ongoing extrajudicial executions and other violations in the Philippines", London 2019, bit.ly/2Ylqkqr, S. 27-28

9 Amnesty International, "'They just kill'", S. 17-18

10 Rappler, "'Some people need killing' – How a Manila gang finds the license to kill", 3.6.2019, bit.ly/2NoGFbZ

11 Philippine Daily Inquirer, "Korean businessman killed inside PNP headquarters", 19.1.2017, bit.ly/2J9j05p

12 ABS-CBN News, "OPINION: PCOO's 2017 drug war figures", 22.6.2019, bit.ly/33YtTHk

13 Reuters, "War on numbers: Philippines targets drug killing data", 18.6.2019, reut.rs/2XRePM7

14 Interview mit dem AMP, 18.5.2019

15 Rappler, "Central Luzon: New killing fields in Duterte's drug war", 24.2.2019, bit.ly/3owMhoM

16 ABS-CBN News, "3 cops found guilty of murder over Kian Delos Santos slay", 29.11.2019, bit.ly/2DQohnG

17 Rappler, "Sereno casts doubt on PNP's 'presumption of regularity' defense", 21.11.2017, bit.ly/2WdiNcc

18 Philippine National Police, "Revised Philippine National Police Operational Procedures", Dezember 2013, bit.ly/2MsHBg7, Rule 15

19 Human Rights Committee, "General comment No. 36 (2018) on article 6 of the International Covenant on Civil and Political Rights, on the right to life", 30.10.2018, [CCPR/C/GC/36](https://ccpr/c/gc/36), paras 13 & 27

20 Philippine News Agency, "No need for int'l rights groups to probe drug campaign: PNP", 9.7.2019, bit.ly/31VBgoh

TODESSTRAFE UND SENKUNG DES STRAFMÜNDIGKEITSALTERS

Als Teil der Anti-Drogenkampagne kündigte die Regierung an, die Todesstrafe wieder einzuführen und das Strafmündigkeitsalter senken zu wollen. Beide Pläne scheiterten zunächst an fehlenden Mehrheiten im Senat. Nachdem das Regierungslager bei den Zwischenwahlen im Mai 2019 eine deutliche Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses erzielen konnte, wurden

die entsprechenden Gesetzesentwürfe erneut eingebracht.²¹ Die Philippinen wären das erste Land, das die Todesstrafe wieder einführt, nachdem es sich durch die Ratifizierung des Zweiten Fakultativprotokolls des UN-Zivilpakts zu deren Abschaffung verpflichtet hat. Die Absenkung des Strafmündigkeitsalters von 15 auf 12 Jahre würde Kinder und Jugendliche den katastrophalen Bedingungen aussetzen, die in philippinischen Gefängnissen herrschen, welche zu den schlimmsten in Asien zählen.²²

FALL: JOHN JEZREEL DAVID



John Jezreel „JJ“ David verschwand am 19. Januar 2017 zusammen mit einem Kollegen auf dem Nachhauseweg von seiner Arbeit als Reinigungskraft in einem Hotel in Pasay City, Metro Manila. Nachdem sein Vater zwei Tage nach ihm gesucht hatte, erhielt er von Barangay-Offiziellen den Tipp, dass zwei Männer, von denen einer der Beschreibung Johns entsprach, auf Station 11 des Polizeidistrikts von Manila festgehalten würden. Nachdem John weder auf Station 11 noch in anderen Distrikten zu finden war, erhielt seine Familie schließlich den Hinweis, John sei in ein Beerdigungsinstitut eingeliefert worden. Dort fanden sie neben John noch die Leichen von zwei weiteren Männern, George Yap und Kim Alyson Ocenar.

Dem Polizeibericht zufolge wurden die drei am 21. Januar um 23 Uhr in Binondo, Manila von Polizisten erschossen, nachdem sie sich gegen eine Festnahme gewehrt hätten. Bei ihnen seien drei Schusswaffen, fünf Beutel mit der Droge Methamphetamin und 500 Peso gefunden worden. Angeblich hatte die Polizei die drei Männer erst am 23. Januar identifizieren können. Dies widerspricht aber sowohl der Aussage von Nachbar*innen, dass Polizisten nach John und seinem Kollegen gesucht hätten, als auch der Tatsache, dass ein auf den 20. Januar datierter Planungsbericht des Einsatzes („pre-operation report“) die Zielpersonen als John, Kim und Jorge identifiziert. Laut Autopsiebericht hat John nicht nur mehrere Schusswunden erlitten, sondern war vor seinem Tod wohl auch gefoltert worden.

Johns Familie zufolge war er kein Drogennutzer und er war auch nicht auf der lokalen Liste von Verdächtigen aufgeführt. Sein Fall ist einer der wenigen, in denen sich die Hinterbliebenen trauten, Klage gegen die beschuldigten Polizeibeamten einzureichen. Im September 2017 legten sie beim Amt des Ombudsmanns eine Beschwerde ein, über die bis heute nicht entschieden wurde.²³

²³ Rappler, „Murder complaints filed vs Manila cops over EJKs“, 28.9.2017, bit.ly/2lqLTIY

²¹ The Philippine Star, „Pacquiao, Go file bills to revive death penalty“, 3.7.2019, bit.ly/2ZfxHQR

²² UNICEF, „Lowering the age of criminal responsibility is against child rights: UNICEF“, 18.1.2019, uni.cf/2Nmffnm

MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER*INNEN



Bereits seit Jahrzehnten gehören die Philippinen zu den weltweit gefährlichsten Ländern für Menschenrechtsverteidiger*innen. All diejenigen, die im Einsatz für ihre Rechte und die Rechte anderer in Konflikt mit den vorherrschenden Machtstrukturen geraten, stehen in Gefahr, Ziel von Drohungen, Diffamierung, Kriminalisierung und Gewalt zu werden. Die Bäuer*innen aus der Agrarreformbewegung, Mitglieder linker Parteilisten, progressive Lokalpolitiker*innen, Umweltaktivist*innen und Indigene, die sich für den Erhalt ihrer angestammten Territorien einsetzen, werden genauso zur Zielscheibe von Repression wie investigative Journalist*innen, die illegale Aktivitäten von Politiker*innen und Beamt*innen aufdecken. Aber unter der Regierung Duterte haben systematische Drohungen und Attacken gegen sie eine neue Qualität erreicht. So wurden zwischen Juli 2016 und August 2019 mindestens 200 Menschenrechtsverteidiger*innen und 14 Journalist*innen getötet.²⁴ Auch haben seit Dutertes Amtsantritt Fälle von Kriminalisierung

von Menschenrechtsverteidiger*innen deutlich zugenommen. Verantwortlich dafür ist eine neue Rhetorik der Regierung, die den Einsatz für Menschenrechte unter den Generalverdacht stellt, staatsfeindlich zu sein, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu behindern und die Rechte von Kriminellen über die der allgemeinen Bevölkerung zu stellen. So entsteht ein gesellschaftliches Klima, in dem der Einsatz für Menschenrechte zunehmend stigmatisiert wird.

Im Gefängnis von Canlaon City sind mehrere politische Gefangene inhaftiert

DROHUNGEN UND FALSCHES ANSCHULDIGUNGEN

Drohungen und falsche Anschuldigungen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen haben eine lange Tradition in den Philippinen. In der Regel werden

²⁴ Siehe Anhang: Liste getöteter Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen

die Betroffenen dabei fälschlicherweise beschuldigt, den kommunistischen Aufstand der New People's Army (NPA) zu unterstützen oder sogar selbst NPA-Mitglieder zu sein. Diese Art der Denunziation von zivilgesellschaftlichen Kräften, in den Philippinen auch als „red-tagging“ bezeichnet, hatte bereits unter der Regierung von Gloria Macapagal-Arroyo einen Höhepunkt erreicht, als diese 2006 einen „totalen Krieg“ gegen die Aufständischen ausrief. Damals sammelte das Militär systematisch Listen, sogenannte „order of battle“, auf denen Namen von Mitarbeiter*innen und Mitgliedern von Nicht-Regierungsorganisationen (non-governmental organization – NGO) aufgeführt wurden, die beschuldigt wurden, Frontorganisationen der NPA zu sein.²⁵ Hunderte Menschenrechtsaktivist*innen, die so als Staatsfeinde gekennzeichnet worden waren, wurden in der Folge ermordet, wurden Opfer von Verschwindenlassen oder mit gefälschten Anklagen überzogen.

Zudem werden die Opfer oft überwacht und erhalten anonyme Drohungen z. B. per SMS oder in sozialen Medien, die manchmal auch gegen Familienmitglieder gerichtet sind. Die öffentliche Denunzierung dient dazu, den Druck auf den*die Menschenrechtsverteidiger*in zu erhöhen. Andererseits soll aber auch in der Bevölkerung die soziale Akzeptanz von Repressionen gegen die Opfer erhöht werden.

Neu ist, dass diese falschen Anschuldigungen unter Duterte nicht nur aus den Reihen des Militärs, sondern von höchsten Regierungsstellen und nicht zuletzt vom Präsidenten selbst kommen. Mehrfach bedrohte Duterte Mitarbeiter*innen von Menschenrechtsorganisationen in der Öffentlichkeit mit dem Tod, weil diese durch ihre beständige Kritik an den massiven Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des Kriegs gegen die Drogen die Justiz behindern würden, und beschuldigte sie sogar, selbst in den Drogenhandel verwickelt zu sein.²⁶ Die Polizei forderte er direkt auf, Todesschwadronen zu bilden, um gezielt linke politische Aktivist*innen zu ermorden.²⁷

*Todesdrohungen
gegen Menschen-
rechtsverteidiger*
innen per SMS*

Mit dem Abbruch der Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der kommunistischen Führung im November 2017 nahmen Beschuldigungen, dass NGOs Frontorganisationen der NPA seien,

schlagartig zu. Am 21. Februar 2018 reichte das Justizministerium beim Regional Trial Court in Quezon City einen Antrag ein, wonach die kommunistische Partei der Philippinen (CPP) und die NPA zu Terrororganisationen gemäß des Human Security Acts, des seit 2007 geltenden Anti-Terrorgesetzes, erklärt werden sollten. Die Petition enthielt die Namen von 649 Individuen, denen eine Mitgliedschaft in einer oder beiden Organisationen vorgeworfen wurde. Neben einigen öffentlich bekannten Führungspersonlichkeiten der NPA sowie einer großen Zahl von Aliasnamen enthielt die Liste auch die Namen von mehreren Dutzend linker Politiker*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen. Dass sich darunter auch die amtierende UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte Indigener, Victoria Tauli-Corpuz, eine philippinische Staatsangehörige, befand, rief internationale Kritik hervor.²⁸ Obwohl die betroffenen Menschenrechtsverteidiger*innen mit Erfolg vor Gericht die Streichung ihres Namens von der Liste erstritten, beharrten führende Militärs in öffentlichen Statements darauf, dass es sich bei den Beschuldigten um Terrorist*innen handele.²⁹

Neben NGOs sind auch kirchliche Akteur*innen massiven Anfeindungen durch Duterte und seine Regierung ausgesetzt. Die katholische Kirche und



vor allem einzelne Bischöfe, die den Krieg gegen die Drogen und die geplante Wiedereinführung der Todesstrafe scharf kritisieren, sehen sich unablässigen Angriffen durch Duterte selbst ausgesetzt. Diese kulminierten in der Aufforderung, „unnütze Bischöfe“ zu töten.³⁰ Bischof Pablo Virgilio David, der die vielen Morde an vermeintlichen Drogenabhängigen in seiner Diözese Caloocan kritisiert, erhielt genauso Morddrohungen wie die drei Priester Albert Alejo, Flavie Villanueva und Robert Reyes, die sich für die hinterbliebenen Familienmitglieder von Ermordeten einsetzen.³¹ Im Juli 2019 reichte die Polizei gegen Bischof David, die drei Priester sowie drei weitere Bischöfe und 35 Oppositionspolitiker*innen Klage wegen Aufwieglung (sedition) ein.³² Vor allem Mitglieder der unabhängigen katholischen Kirche Iglesia Filipina Independiente (IFI) und der protestantischen United Church of Christ (UCCP), die sich beide für die Rechte Indigener und anderer marginalisierter Gruppen einsetzen, werden beschuldigt, die NPA zu unterstützen.³³

Neu sind auch die Bemühungen der Regierung, kritische NGOs von internationalen Fördergeldern abzuschneiden. Im Februar 2019 tourte eine Regierungsdelegation durch mehrere europäische Länder und beschuldigte diverse Menschenrechtsorganisationen gegenüber Geldgebern wie der EU und der belgischen Regierung, Fördergelder an die NPA weitergeleitet zu haben. Zu den beschuldigten Organisationen gehören Karapatan, eine führende Menschenrechtsorganisation, die Rural Missionaries of the Philippines (RMP), eine überkonfessionelle Initiative engagierter Kirchenleute, die sich für die ländliche Armutsbevölkerung einsetzen, der unabhängige Think Tank IBON Foundation und ALCADDEV, die unabhängige Indigenenschulen in Mindanao betreibt.³⁴

Im November 2018 veröffentlichte die Securities and Exchange Commission (SEC), die für die Registrierung von NGOs zuständige Behörde, ein Memorandum, wonach NGOs verpflichtet werden, detaillierte Angaben über die Höhe und Herkunft von Fördergeldern und die Begünstigten der eigenen Arbeit zu machen.³⁵ Nach einem nichtöffentlichen Punktesystem sollen Organisationen daraufhin überprüft werden, ob sie ein Risiko für Geldwäsche oder Terrorfinanzierung darstellen. NGOs, die so eingestuft werden, sollen einer

verschärften Kontrolle und Überwachung unterzogen werden. Menschenrechtsorganisationen fürchten, dass regierungsintern bereits eine Liste von NGOs existiert, denen die Registrierung entzogen werden soll. Im Mai 2019 veröffentlichte die staatliche Philippine News Agency (PNA) eine Pressemitteilung, wonach die beiden führenden Menschenrechtsorganisationen des Landes, Karapatan und die Philippine Alliance of Human Rights Advocates (PAHRA), ohne gültige SEC-Registrierung operieren würden, was beide als falsch zurückwies.³⁶

Anders als in anderen Ländern existiert in den Philippinen bislang kein spezifisches NGO-Gesetz, das deren Arbeit reglementieren und damit behindern soll. Philippinische NGOs betrachten die Versuche, ihre Finanzierung einzuschränken, deswegen als gefährliche Anzeichen dafür, dass die Regierung nun auch auf administrativen Wegen gegen sie vorgeht.

25 Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Philip Alston, Mission to Philippines, 16.4.2008, *A/HRC/8/3/Add.2*, para 17

26 Human Rights Watch, "Philippines: Duterte Threatens Human Rights Community", 17.8.2017, *bit.ly/2fMMJgh*

27 Reuter, "Philippine leader slammed over threat to create 'Duterte death squad'", 28.11.2019, *reut.rs/2Nor78o*

28 OHCHR, "Accusations against UN expert a retaliation by Philippines, say fellow rapporteurs", 8.3.2018, *bit.ly/31PJ7MK*

29 The Philippine Star, "UN experts denounce 'renewed' attack vs Filipina special rapporteur", 2.5.2019, *bit.ly/2V7xy4F*

30 Al Jazeera, "Philippines' Duterte: 'Kill those useless bishops'", 5.12.2018, *bit.ly/2zN8tzj*

31 Rappler, "Bishop critical of Duterte drug war gets death threats", 26.2.2019, *bit.ly/2MtGxbH*; The Philippine Star, "More priests reveal receiving death threats", 11.3.2019, *bit.ly/2HjCvhW*

32 The Philippine Star, "PNP files sedition raps vs Leni, opposition, bishops", 19.6.2019, *bit.ly/2L512lw*

33 Philippine Daily Inquirer, "Groups denounce 'red-tagging,' harassment of churches", 9.10.2018, *bit.ly/2MxEjYJ*

34 Rappler, "PH asks EU, Belgium to stop funding alleged CPP-NPA 'fronts'", 13.3.2019, *bit.ly/2Z6N56N*

35 Securities and Exchange Commission, "SEC Memorandum Circular No. 15. Guidelines for the Protection of SEC Registered Non-profit Organizations From Money Laundering and Terrorist Financing Abuse ("NPO Guidelines")", November 2018, *bit.ly/2TG3EmK*

36 Philippine News Agency, "Karapatan, 4 other NGOs have revoked SEC registration", 8.5.2019, *bit.ly/2P528JF*

MORDE AN MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER*INNEN

Die Zahlen basieren auf der Liste der getöteten Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen aus den AMP Broschüren 2017 und 2019 (siehe Anhang).

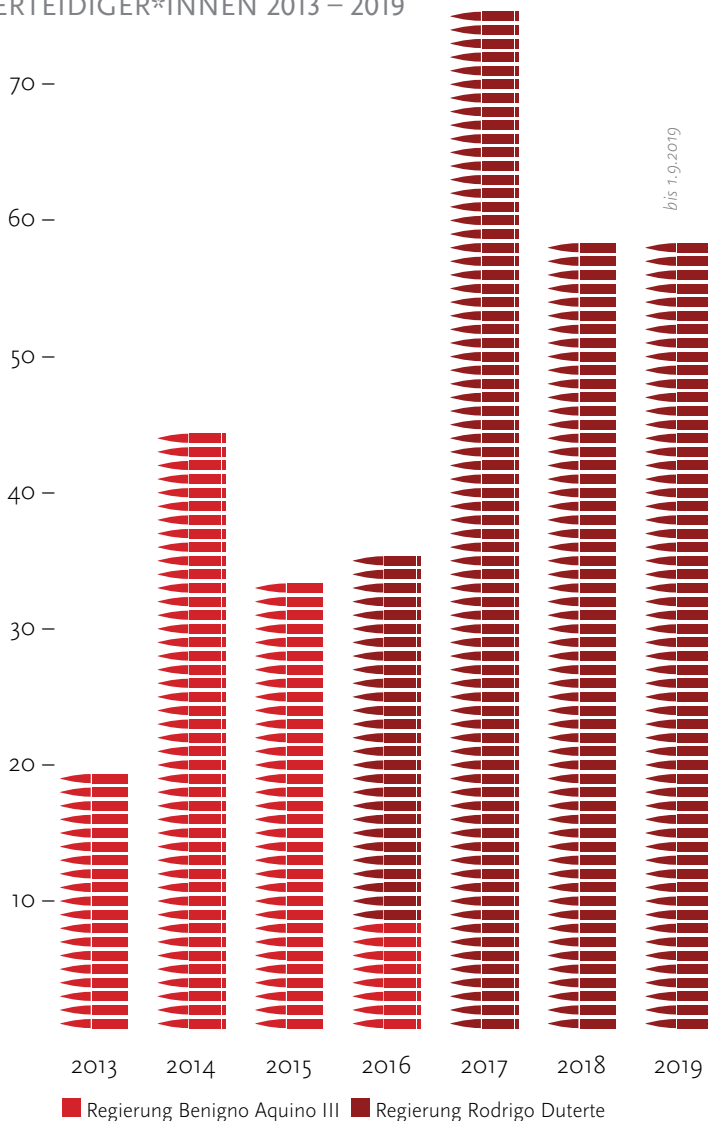
Bereits 2008 beklagte der damalige UN-Sonderberichtsersteller für extralegale Hinrichtungen, Philip Alston, in seinem Bericht an den Menschenrechtsrat eine Flut von Morden an Menschenrechtsverteidiger*innen, Gewerkschafter*innen und Landrechtsaktivist*innen.³⁷ Während die Zahl extralegaler Hinrichtungen von Menschenrechtsverteidiger*innen zuletzt in der Amtszeit von Gloria Macapagal-Arroyo (2001 – 2010) einen

Höchststand erreicht hatte, nahm sie unter der Regierung Aquino spürbar ab. Aber selbst unter Aquino nahmen die Philippinen in den Rankings zu getöteten Umwelt- und Landrechtsaktivist*innen immer wieder traurige Spitzenplätze ein.³⁸

In den drei Jahren seit Dutertes Amtsantritt wurden mindestens 200 Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet. Dies entspricht einer deutlichen Zunahme gegenüber den letzten drei Jahren der Präsidentschaft Aquinos, in denen 125 Fälle dokumentiert wurden.³⁹ Mit Abstand die meisten Menschenrechtsverteidiger*innen fallen Konflikten um Land zum Opfer. Unter der Regierung Duterte wurden insgesamt 117 Landrechtsaktivist*innen ermordet. Land und insbesondere Agrarland ist extrem ungleich verteilt – ein Erbe der spanischen Kolonialzeit. Obwohl 1988 im Zuge des Comprehensive Agrarian Reform Program (CARP) mit der Umverteilung von landwirtschaftlichen Flächen begonnen wurde, ist der Großteil des Landes weiterhin im Besitz von Großgrundbesitzern*innen. Bäuer*innen, die das ihnen unter diesem Programm zustehende Land beanspruchen, sehen sich oftmals Drohungen, Repressionen und Gewalt ausgesetzt. Indigene Landrechtsaktivist*innen, die ihr Ahnenland vor Landraub durch Bergbauunternehmen oder Agrarkonzerne schützen wollen, werden ebenfalls besonders häufig Opfer von Morden. So waren 30 der getöteten Aktivist*innen Indigene (siehe das Kapitel Indigenenrechte).

In Regionen, die Schwerpunkte der Aufstandsbekämpfung des Militärs sind, kommt es zu besonders vielen Morden an Menschenrechtsverteidiger*innen. Dies betrifft vor allem Mindanao, wo mit Abstand die meisten Morde zu verzeichnen sind. Nach der Besetzung der Stadt Marawi durch islamistische Kräfte im Mai 2017 verhängte Duterte das Kriegsrecht über die gesamte Insel.⁴⁰ Dadurch wurden vor allem habeas corpus Rechte außer Kraft gesetzt. Insgesamt wurden in der Amtszeit Dutertes allein in Mindanao 90 Menschenrechtsverteidiger*innen getötet. Hinweise auf eine gezielte Tötungskampagne durch das Militär gibt es etwa in der Provinz Compostella Valley im Südosten der Insel, wo unter Duterte mindestens 25 Aktivist*innen zu Tode kamen. Die meisten Opfer gehörten lokalen Bäuer*innenorganisationen an und

ERMORDETE MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER*INNEN 2013 – 2019





waren vorher beschuldigt worden, Mitglieder der NPA zu sein. Da die meisten Fälle solcher Tötungen von den Behörden nur oberflächlich untersucht und nur die wenigsten der Täter*innen vor Gericht gestellt werden, bleiben die Drahtzieher*innen dieser Morde meistens unbekannt. Anhand von Augenzeugenberichten und den Aussagen von Hinterbliebenen können dennoch in vielen Fällen Vermutungen über die Täter*innen getroffen werden. Demnach wird in mehr als einem Drittel der Fälle (79) das Militär für die Morde verantwortlich gemacht.

Zugenommen haben in jüngster Zeit extralegale Hinrichtungen von Menschenrechtsverteidiger*innen durch die Polizei, vor allem auf der Insel Negros (siehe das Kapitel Fokus Negros). Von den übrigen Fällen können 17 Morde mit privaten Sicherheitsunternehmen und Wachleuten in Verbindung gebracht werden.

KRIMINALISIERUNG

Neben physischer Gewalt sind Menschenrechtsverteidiger*innen in den Philippinen auch von Kriminalisierung bedroht. Eine besonders heimtückische Form von Kriminalisierung stellen konstruierte Anklagen dar, bei denen das Opfer mithilfe gefälschter Beweise eines Verbrechens beschuldigt wird, das es nicht begangen hat. Diese Art der Anklage wird besonders häufig von Mitgliedern des Militärs angestrengt mit dem Ziel, Menschenrechtsverteidiger*innen zu diffamieren und sie für die Zeit des Prozesses in Untersuchungshaft zu bringen. Oft geht konstruierten Anklagen eine Schmä- und Einschüchterungskampagne gegen das Opfer voraus, während der es öffentlich beschuldigt wird, ein Mitglied der NPA zu sein.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Karapatan hat auch die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen unter der Regierung

Duterte massiv zugenommen. In den ersten drei Jahren seiner Amtszeit seien insgesamt 2.370 Menschenrechtsverteidiger*innen angeklagt worden, von denen 1.831 weiterhin inhaftiert blieben. Dies ist eine deutliche Steigerung zu den 1.817 Aktivist*innen, die unter der Vorgängerregierung Aquinos von Kriminalisierung betroffen waren.⁴¹ Das Opfer wird in der Regel beschuldigt, als Mitglied der NPA an bewaffneten Auseinandersetzungen teilgenommen zu haben. Daraufhin wird es für Verbrechen wie Mord, Brandstiftung oder illegalen Sprengstoffbesitz angeklagt, für die nach philippinischem Recht nur in Ausnahmefällen Kautionsgewährung gewährt werden kann. In der Folge verbleiben viele Angeklagte in Untersuchungshaft, bis sie freigesprochen werden. Die Drahtzieher*innen müssen also keine rechtskräftige Verurteilung erwirken, um das Opfer ins Gefängnis zu bringen. Denn in vielen Fällen ziehen sich die Prozesse wegen der Überlastung der Gerichte und des dysfunktionalen Justizsystems über mehrere Jahre hin. Zudem werden die Verfahren gezielt sabotiert, z. B. indem angebliche Belastungszeug*innen nicht vor Gericht erscheinen.

Konstruierte Anklagen basieren meistens allein auf den Zeugenaussagen angeblicher ehemaliger Rebell*innen, die behaupten, das Opfer als Mitglied der NPA identifizieren zu können. In einigen Fällen verstrickten sich diese Zeug*innen vor Gericht aber in so viele Widersprüche, dass sie zugeben mussten, vom Militär instruiert worden zu sein, falsche Aussagen zu tätigen. Philippinische Menschenrechtsorganisationen gehen deshalb davon aus, dass sie vom Militär für ihre Falschaussagen bezahlt werden.

*Das Poster beschuldigt über 60 Personen der NPA anzugehören. Unter ihnen befinden sich bekannte Menschenrechtsverteidiger*innen*

37 Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Philip Alston, Mission to Philippines, 16.4.2008, [A/HRC/8/3/Add.2](http://bit.ly/2ZuCOJ7)

38 Global Witness, "On Dangerous Grounds – 2015's Deadly Environment: The Killing and Criminalization of Land and Environmental Defenders Worldwide", 20.6.2016, bit.ly/2ldHLAs

39 Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, Menschenrechtsbericht Philippinen, Köln 2017, bit.ly/2MvyR8P, S. 34-39

40 Official Gazette, "Proclamation No. 216, s. 20170 Declaring a state of martial law and suspending the privilege of the writ of habeas corpus in the whole of Mindanao", 23.5.2017, bit.ly/2ZuCOJ7

41 Rappler, "Duterte's war on dissent", 29.6.2019, bit.ly/2Hh6Mh9

FOKUS: NEGROS

Die Insel Negros steht seit Jahrzehnten im Fokus der Aufstandsbekämpfung der philippinischen Sicherheitskräfte gegen die New People's Army (NPA). Zugleich ist Negros, das wirtschaftlich und politisch von den Großgrundbesitzer*innen riesiger Zuckerrohrplantagen beherrscht wird, einer der Hauptaustragungsorte von Landkonflikten. Mittellose Landarbeiter*innen und Bäuer*innen, die sich politisch organisieren, um ihre Rechte auf Land durchzusetzen, geraten dabei ins Fadenkreuz der Sicherheitskräfte. Damit einher geht eine hohe Zahl ermordeter und kriminalisierter Menschenrechtsaktivist*innen. So wurde 2010 Benjamin Bayles, Antibergrbauaktivist und Mitglied der Unabhängigen Philippinischen Kirche, ermordet.⁴² Und Zara Alvarez, eine bekannte Menschenrechtsaktivistin der Insel, war bis zum Juli 2014 fast zwei Jahre lang zu Unrecht inhaftiert, weil gegen sie zwei gefälschte Anklagen vorlagen, die vom Militär lanciert worden waren.⁴³ Seit dem Abbruch der Friedensverhandlungen mit der Führung des kommunistischen Aufstands Ende 2017 verschärfte sich die Menschenrechtssituation auf Negros spürbar.

Am 28. November 2017 wurden Elisa Badayos, Koordinatorin der Menschenrechtsorganisation Karapatan, und Eleuterio Moises, Mitglied einer lokalen Bäuer*innenorganisation, durch unbekannte bewaffnete Motorradfahrer in Bayawan City erschossen. Sie waren Teil einer Untersuchungsmission, die Menschenrechtsverletzungen im Kontext eines lokalen Landrechtskonflikts recherchiert.⁴⁴

Am 20. Oktober 2018 wurden auf einer Zuckerplantage außerhalb der Stadt Sagay neun Plantagenarbeiter*innen ermordet, die allesamt Mitglieder der National Federation of Sugar Workers (NFSW) waren. Die Arbeiter*innen hatten, nachdem die Zuckerernte abgeschlossen war, einen Teil der nun ungenutzten Hacienda Nene besetzt, um darauf Lebensmittel anzubauen.⁴⁵ Obwohl Menschenrechtsorganisationen Mitglieder einer mit dem Militär zusammenarbeitenden paramilitärischen Gruppe, sogenannte Special Civilian Active Auxiliary (SCAA), hinter den Morden vermuten, beschuldigten Polizei und Militär die NPA und klagten sogar zwei NFSW-Mitglieder wegen Mordes an.⁴⁶ Am 6. November wurde der anerkannte Menschenrechtsanwalt Benjamin Ramos in Kabankalan City ermordet. Ramos hatte kurz zuvor den Fall der in Sagay ermordeten Plantagenarbeiter*innen übernommen. Bereits 2006 hatte er einen

Mordanschlag überlebt, als falsche Beschuldigungen gegen ihn verbreitet wurden, er unterstütze die NPA.⁴⁷ Ein Bild Ramos' war im April 2018 neben Fotos von Zara Alvarez, Bernardino Patigas, dem im April 2019 ermordeten Stadtratsmitglied von Escalante City, und 60 weiteren Menschenrechtsaktivist*innen auf einem Poster abgedruckt, das in dem Ort Moises Padilla verbreitet wurde und angeblich Mitglieder der NPA zeigte.⁴⁸

Am 22. November 2018 erließ Präsident Duterte Memorandum Order 32, in dem das Verteidigungs- und Innenministerium angewiesen wurde, unverzüglich weitere Kräfte nach Negros zu verlegen, um verstärkt gegen terroristische Kräfte vorzugehen.⁴⁹ Zudem wurden die Behörden angewiesen, ihre geheimdienstlichen Operationen gegen Individuen und Organisationen, die unter Terrorverdacht stehen, zu intensivieren. Am 7. Dezember wurden außerdem mit Exekutivorder 70 alle Staatsbehörden für die Aufstandsbekämpfung mobilisiert.⁵⁰

Daraufhin kam es am 27. Dezember 2018 unter dem Codenamen Oplan Sauron zum ersten großangelegten und koordinierten Einsatz, bei dem 1.600 Polizist*innen von der Nachbarinsel Cebu nach Negros verlegt wurden. Zuvor hatte ein Richter am Regional Trial Court in Cebu 119 Durchsuchungsbefehle ausgestellt, die den Beschuldigten illegalen Besitz von Waffen und Sprengstoff vorwarfen. Bei den Beschuldigten handelt es sich zum größten Teil um Mitglieder lokaler Bäuer*innenorganisationen, aber auch um Barangay-Vorsteher*innen, ehemalige Bürgermeister*innen und Mitarbeiter*innen von Kirchengemeinden. Beim Einsatz wurden sechs Menschen getötet, denen später vorgeworfen wurde, sich mit Gewalt gegen eine Verhaftung gewehrt zu haben. Augenzeugen berichten aber, dass die Opfer hingerichtet wurden. Außerdem wurden 31 Personen verhaftet, bei denen die Polizei behauptete, Schusswaffen und Granaten gefunden zu haben. Wiederum berichten Augenzeugen jedoch, dass diese Gegenstände von Polizist*innen in den durchsuchten Häusern platziert worden waren.⁵¹ In der Nacht vom 29. auf den 30. März 2019, einen Tag nach dem 50. Jahrestag der Gründung der NPA, kam es erneut zu einem koordinierten Großeinsatz von Polizei und Militär in den Gemeinden Sta. Catalina, Canlaon und Manjuyod der Provinz Negros Oriental. Auch hierbei wurden Polizeispezialeinheiten aus Cebu nach Negros verlegt,

die über 100 Durchsuchungsbefehle wegen Verdacht auf Waffen- und Sprengstoffbesitz vollstreckten. In der Nacht wurden 14 Menschen getötet und zwölf verhaftet.⁵² In der besagten Nacht stürmen gegen vier Uhr morgens mehrere maskierte Polizist*innen das Haus von Steve Arapoc in Pansiao, Manjuyod. Er wird zu Boden geworfen, seinem Gesicht ein Sack übergestülpt und er wird vor das Haus geschleppt. Dem Rest der Familie wird befohlen, in der Küche zu warten, wo sie gefesselt werden. Wenig später hören sie vier Schüsse. Arapocs Leiche wird in das örtliche Krankenhaus gebracht. Den anwesenden Familienmitgliedern wird aber zunächst weder gesagt, ob er noch lebt, noch, wo er zu finden sei. Nachdem die Polizist*innen abgezogen sind, stellt die Familie fest, dass 26.000 Peso und drei Mobiltelefone fehlen. Arapoc war Mitglied der lokalen Bäuer*innenorganisationen Kaugmaon. Erst aus den Medien erfährt die Familie, dass ihm vorgeworfen wird, Mitglied der NPA zu sein, und dass bei ihm ein Sturmgewehr gefunden worden sei. Wie bei den anderen Todesfällen in dieser Nacht gibt es Hinweise darauf, dass Arapoc gezielt ermordet werden sollte. In allen Fällen wurde nach dem Opfer gefragt und dieses von weiteren Anwesenden separiert. Angehörige berichten, dass der Ermordung Überwachungsaktionen vorausgingen, bei denen sich Unbekannte nach dem späteren Opfer erkundigten und die örtlichen Gegebenheiten auskundschafteten. Wie bei den Tötungen im Krieg gegen die Drogen wurde die tödliche Gewalt von der Polizei hinterher damit gerechtfertigt, dass die Opfer sich gegen eine Verhaftung gewehrt hätten. Alle Augenzeugenberichte von Familienangehörigen widersprechen dem.

Auch die Fälle verhafteter Menschenrechtsverteidiger*innen folgen einem klar erkennbaren Muster. In der Nacht zum 30. März werden Azucena Garubat und ihr Mann gegen drei Uhr morgens von fünf Beamten der Criminal Investigation and Detection Group (CIDG) geweckt. Ihnen wird ein Durchsuchungsbefehl vorgelegt, wonach Garubat des illegalen Besitzes einer Schusswaffe verdächtigt wird. Die beiden werden aufgefordert, ihr Haus zu verlassen. Erst um sechs Uhr morgens wird die offizielle Durchsuchung im Beisein des in der Zwischenzeit eingetroffenen Dorfvorstehers durchgeführt. Dabei wird eine Panzerfaustgranate gefunden, woraufhin Garubat wegen illegalen Besitzes von Sprengstoff festgenommen und angeklagt wird. Garubat war seit 1998 als lokaler Kontakt der Menschenrechtsorganisation

Karapatan tätig und hatte bei der letzten Wahl für die linke Frauenpartei Gabriela Wahlkampf betrieben. In der gleichen Nacht werden ihre beiden Brüder Edguardo Avelino, Vorsitzender des lokalen Chapters der Bäuer*innenorganisationen KMP, und Esmael Avelino, Mitglied der Fahrergewerkschaft Piston, ermordet. In allen Fällen wurden Panzerfaustgranaten und meistens auch Schusswaffen gefunden, deren Besitz die Beschuldigten abstreiten. Bedeutsam ist dies, weil Beschuldigten, die des illegalen Sprengstoffbesitzes angeklagt sind, keine Kaution gewährt werden kann, sie also auch ohne Verurteilung jahrelang im Gefängnis festgehalten werden können (siehe das Kapitel Kriminalisierung). Zwischen dem Eintreffen der Polizei und den Hausdurchsuchungen in Anwesenheit von Offiziellen vergingen in allen Fällen mehrere Stunden, in denen sich die Polizist*innen alleine in den Gebäuden aufhielten, also Gelegenheit hatten, die Beweisstücke zu platzieren.

Im April 2019 kündigte Polizeipräsident Albayalde weitere Operationen gegen die NPA an.⁵³

42 FIDH, "Assassination of Mr. Benjamin E. Bayles", 30.6.2010, bit.ly/2Z7731f

43 Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, "Zara Reboton Alvarez", bit.ly/2Zkr5kj

44 Philippine Daily Inquirer, "2 human rights activists killed in Negros Oriental", 30.11.2017, bit.ly/2MxjBYW

45 Rappler, "9 farmers killed at Negros Occidental hacienda", 21.10.2018, bit.ly/2P5HoCV

46 The Philippine Star, "NFSW decries charges vs members over 'Sagay 9' killings", 29.10.2018, bit.ly/2OYKp6j

47 ABS-CBN News, "Lawyer of slain Negros farmers shot dead", 7.11.2018, bit.ly/2OqTmjC

48 Sun Star, "Police, Army deny circulation of 'CNN personalities' poster", 18.4.2018, bit.ly/2L8knsC

49 Official Gazette, "Memorandum Order No. 32. Reinforcing the Guidelines for the Armed Forces of the Philippines and the Philippine National Police in the Implementation of Measures to Suppress and Prevent Lawless Violence", 22.11.2018, bit.ly/3or8mVx

50 Official Gazette, "Executive Order No. 70. Institutionalizing the Whole-of-Nation Approach in Attaining Inclusive and Sustainable Peace, Creating a National Task Force to End Local Communist Armed Conflict, and Directing the Adoption of a National Peace Framework", 7.12.2018, bit.ly/2KVtg8s

51 Rappler, "Death comes unprovoked upon Negros Island", 30.6.2019, bit.ly/2LNgTjj

52 Vom 8.-10. Mai 2019 haben Mitarbeiter*innen des AMP Angehörige von vier Mordopfern interviewt und mit vier Inhaftierten gesprochen.

53 Philippine Daily Inquirer, "PNP to launch more attacks against NPA", 18.4.2019, bit.ly/2P7uL97

POLITISCHE OPPOSITION



Präsident Duterte spricht vor dem Repräsentantenhaus

Neben Menschenrechtsverteidiger*innen und zivilgesellschaftlichen Kräften attackiert die Regierung Duterte auch oppositionelle Politiker*innen systematisch. Internationale Aufmerksamkeit erfuhr dabei besonders die Inhaftierung von Senatorin Leila de Lima, einer der lautstärksten Kritiker*innen Dutertes innerhalb des politischen Systems. Während de Lima gegenwärtig das einzige inhaftierte Mitglied des Kongresses ist (siehe den Fall Leila de Lima), haben die Regierung und Unterstützer*innen eine ganze Reihe weiterer Politiker*innen beider Kammern mit Klagen überzogen, die darauf zielen, diese zum Schweigen zu bringen.

Senator Antonia Trillanes, ein ehemaliger Marineoffizier, hat sich seit der Verhaftung de Limas als prominentester Kritiker Dutertes profiliert. Neben den außergerichtlichen Hinrichtungen im Krieg gegen die Drogen hat er Duterte und seiner Familie auch öffentlich Korruption und Verwicklung in den Drogenhandel vorgeworfen. Daraufhin entzog ihm die Regierung im September 2018 eine Amnestie, die ihm unter der Vorgängerregierung wegen seiner Beteiligung an zwei Umsturzversuchen von Militärs in den Jahren 2003 und 2007 gewährt worden war. Zwar wurde Trillanes wegen des Vorwurfs der Rebellion kurzzeitig inhaftiert, wenig später aber wieder freigelassen, weil ein Gericht die Rücknahme der Amnestie für ungültig erklärte. Die Regierung hat hiergegen vor dem Court of Appeals Einspruch erhoben. Seit 2017 wurden noch sechs weitere Anklagen gegen Trillanes eingereicht, darunter allein vier Verleumdungsklagen von Familienmitgliedern Dutertes.⁵⁴

Als weitere Senatorin sieht sich Risa Hontiveros einer politisch motivierten Anklage ausgesetzt. Sie wird unter anderem des Kidnappings und der Behinderung der Justiz beschuldigt, weil sie kurzzeitig drei Zeugen im Fall der Ermordung des Teenagers Kian delos Santos Schutz gewährt hatte, die wegen ihrer Aussagen um ihr Leben fürchteten.⁵⁵

Unter den Mitgliedern des Repräsentantenhauses sind vor allem Vertreter*innen des linken Makabayan-Blocks von Anklagen betroffen. So wurden etwa Antonio Tinio und Ariel Casilao der Kindesmisshandlung angeklagt, nachdem sie zusammen mit indigenen Jugendlichen an einer Demonstration gegen das über die Insel Mindanao verhängte Kriegsrecht teilgenommen hatten.⁵⁶ Diese Anklagen dienen dazu, die politische Opposition mundtot zu machen.

Gegenüber dem Netzwerk ASEAN Parliamentarians for Human Rights erklärten eine Reihe von Abgeordneten, sie hätten erfahren, dass die Regierung gezielt nach Material suche, um sie unter Druck zu setzen.⁵⁷

Neben Mitgliedern des Kongresses geht die Regierung auch gegen Lokalpolitiker*innen vor. Mehrfach wurden Listen mit angeblichen „Narko-Politiker*innen“ veröffentlicht, denen, ohne dafür Beweise vorzulegen, Verstrickungen in das Drogengeschäft vorgeworfen wurden.⁵⁸ Mehrere der so beschuldigten Politiker*innen wurden in der Folge ermordet. So zum Beispiel der Bürgermeister von Tanauan, Batangas, Antonio Halili, der am 2. Juli 2018 während eines Fahnenzeremoniells von einem Scharfschützen erschossen wurde.⁵⁹

54 ABS-CBN News, "Davao court orders Trillanes arrest for libel", 7.12.2018, bit.ly/2G1WZxC

55 Philippine Daily Inquirer, "Hontiveros charged with kidnapping, wiretapping", 25.9.2017, bit.ly/2jVsfj0

56 Rappler, "Davao City police files child abuse complaint vs Makabayan congressmen", 5.12.2018, bit.ly/2lVImTX

57 ASEAN Parliamentarians for Human Rights, "In the Crosshairs of the Presidency. Attacks on Opposition Lawmakers in the Philippines", Juni 2019, bit.ly/2ZQoPlv, S.12

58 Rappler, "Duterte releases drug list ahead of 2019 elections", 14.3.2019, bit.ly/2ViykqQ

59 Al Jazeera, "Philippine Mayor Antonio Halili assassinated during ceremony", 2.6.2018, bit.ly/2MCAE8b

FALL: LEILA DE LIMA



Bevor sie 2016 für die Liberal Party zur Senatorin gewählt wurde, war Leila de Lima von 2008 an Vorsitzende der philippinischen Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights, CHR). Als sie in dieser Funktion eine erste Untersuchung der außergerichtlichen Hinrichtungen von mutmaßlichen Drogennutzer*innen durch das sogenannte Davao Death Squad anordnete, kam sie zum ersten Mal in Konflikt mit dem damaligen Bürgermeister von Davao City, Rodrigo Duterte. Unter ihrer Ägide als Justizministerin unter Präsident Aquino ab 2010 wurde der weitverbreitete Drogenhandel im Gefängnis New Bilibid aufgedeckt.

Bereits während seiner Präsidentschaftskampagne hatte Duterte de Lima gedroht: „Ich werde Dich anklagen. Leg Dich nicht mit mir an, Du wirst verlieren.“ Als de Lima im August 2016 als Vorsitzende des Senatsausschusses für Justiz und Menschenrechte eine Untersuchung des Kriegs gegen die Drogen einleitete, antwortete die Regierung zunächst mit einer Schmutzkampagne. So wurde versucht, im Repräsentantenhaus ein Sex-Video vorzuführen, das angeblich de Lima mit ihrem Bodyguard zeigen sollte, welches sich aber wenig später als Fälschung entpuppte. Daraufhin folgten erste Anschuldigungen ihres Nachfolgers Vicente Aguirre, de Lima sei während ihrer Zeit als Justizministerin selbst in den

Drogenhandel in New Bilibid verstrickt gewesen, die von ihrem Nachfolger während einer Senatsanhörung vorgetragen wurden. In der gleichen Anhörung wurden de Limas private Wohnadresse und Telefonnummer live im Fernsehen gezeigt, woraufhin sie massenhafte Drohungen erhielt. Im Februar 2017 erhob das Justizministerium zunächst in drei verschiedenen Fällen Anklage wegen Drogenhandels, woraufhin sie festgenommen wurde und seitdem inhaftiert ist. Nicht nur sind die gegen de Lima vorgebrachten Vorwürfe äußerst vage, sie basieren auch größtenteils auf Zeugenaussagen von Gefängnisinsassen, von denen einige Berichten zufolge mit dem Fallenlassen von Anklagen belohnt wurden. In allen Verfahren gegen sie kommt es zu erheblichen Verzögerungen. Insgesamt sechs Richter*innen haben sich mittlerweile selbst wegen Befangenheit aus den Verfahren zurückgezogen.

Die UN-Arbeitsgruppe zu willkürlicher Inhaftierung hat im November 2018 de Limas Inhaftierung für willkürlich und als Verletzung internationaler Menschenrechtsstandards erklärt sowie ihre unverzügliche Freilassung gefordert.⁶⁰

⁶⁰ Working Group on Arbitrary Detention, “Opinions adopted by the Working Group on Arbitrary Detention at its eighty-second session, 20–24 August 2018”, 30.11.2018, *A/HRC/WGAD/2018/61*

PRESSEFREIHEIT

Die Philippinen besitzen eine lebhafte Medien- und Presselandschaft, die seit dem Ende der Marcos-Diktatur weitestgehend frei von direkter staatlicher Zensur operieren kann. Aber wie die Attacken gegen Menschenrechtsverteidiger*innen haben auch die Repressionen gegen die freie Presse unter Präsident Duterte eine neue Qualität angenommen. Neu ist, dass hochrangige Regierungsmitglieder und der Präsident selbst die freien Medien attackieren. So drohte Duterte unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten: „Nur weil ihr Journalist*innen seid, seid ihr nicht von Tötungen ausgenommen.“⁶¹

Zwar wird eine freie Berichterstattung nicht durch Zensur verhindert, allerdings müssen Journalist*innen in den Philippinen massive Repressionen fürchten, wenn sie sich kritisch äußern. So zählen die Philippinen seit Jahren zu den Ländern mit den weltweit meisten Journalist*innenmorden. Dieser Trend ist auch unter der Regierung Duterte nicht abgerissen, in dessen Amtszeit bisher 14 Medienmitarbeiter*innen getötet wurden.⁶²

Im Fadenkreuz der Regierung stehen insbesondere das unabhängige Medienportal Rappler und dessen Chefin Maria Ressa (siehe den Fall Rappler und Maria Ressa). Aber auch die kritische Medienlandschaft insgesamt ist unter verstärktem Druck. Nach Angaben von philippinischen Journalist*innenverbänden haben Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen Journalist*innen unter Duterte signifikant zugenommen. Im April 2019 verbreitete etwa Salvador Panelo, der Sprecher des Präsidenten, ein Schaubild mit Personen und Organisationen, die angeblich mit der Absicht konspirieren, Duterte aus seinem Amt zu entfernen. Darunter fanden sich die Namen bekannter Journalist*innen, wie Ellen Tordesillas vom Medienkollektiv Vera Files, der nationale Journalist*innenverband NUJP und das Philippine Center for Investigative Journalism (PCIJ). Außer dass die betreffenden Medien kritisch über die Regierung berichtet hatten, wurden keine Beweise für den unterstellten Plot vorgelegt.⁶³ Journalist*innen sehen sich auch häufig mit Verleumdungsklagen konfrontiert, wenn sie Amtsinhaber*innen, Wirtschaftsunternehmen oder andere öffentliche Personen kritisieren. Verleumdung ist in den Philippinen eine Straftat, die mit bis zu vier

Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Besonders problematisch ist dabei, dass nach der Definition des philippinischen Strafgesetzbuchs schon „jede diffamierende Unterstellung als ehrverletzend betrachtet werden muss, selbst wenn sie wahr ist.“⁶⁴ Dies führt nicht nur zu einer Beweislastumkehr, bei der der oder die Angeklagte darlegen muss, dass die Aussage nicht ehrverletzend war. Zudem können auch wahre Tatsachenbehauptungen eine Verleumdung darstellen. Journalist*innen können also dafür bestraft werden, über tatsächlich stattgefundene Rechtsverletzungen berichtet zu haben. Der UN-Menschenrechtsausschuss hat bereits in einem Fall entschieden, dass die Kriminalisierung von Verleumdung in den Philippinen unvereinbar mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 9(1) ICCPR (International Covenant on Civil and Political Rights) sei.⁶⁵

Trotz dieser Entscheidung erließ der philippinische Kongress 2012 den Cybercrime Prevention Act, der für verleumderische Aussagen, die online verbreitet werden, Freiheitsstrafen von bis zu 12 Jahren vorsieht. Die Tatsache, dass die meisten Medien ihre Artikel online verbreiten, macht Journalist*innen besonders anfällig für Anklagen unter diesem Gesetz.⁶⁶ So wurden im März 2019 die beiden Radiomoderatoren Eric Rodinas und Larry Subillaga wegen der Verleumdung des Gouverneurs von North Cotabato, Emmylou Taliño-Mendoza, zu acht Jahren Gefängnis und einer Strafzahlung von 1 Million Peso verurteilt. Beide hatten Mendoza in Facebook-Einträgen der Korruption beschuldigt.⁶⁷

61 Reuters, "Philippines' Duterte denounced for defending killing of some journalists", 1.6.2016, reut.rs/2lSr1c1

62 Siehe Anhang: Liste getöteter Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen

63 Philippine Daily Inquirer, "Palace confirms existence of 'Oust-Duterte plot'", 22.4.2019, bit.ly/2lW9YqX

64 Republic Act No. 3815, "An Act Revising the Penal Code and Other Penal Laws", 8.12.1930, Article 354

65 Human Rights Committee, "Communication No. 1815/2008, 'Adonis vs. The Philippines'", 27.1.2011, [CCPR/C/103/D/1815/2008](https://ccpr/c/103/D/1815/2008)

66 Republic Act No. 10175, "An Act Defining Cybercrime, Providing for the Prevention, Investigation, Suppression and the Imposition of Penalties Therefor and for Other Purposes," 12.9.2012

67 The Philippine Star, "2 radio blocktimers get 8 years for cyberlibel", 25.3.2019, bit.ly/2WeMLNw

FALL: RAPPLER UND MARIA RESSA



Maria Ressa ist eine der angesehensten Journalist*innen der Philippinen. Nach einer jahrzehntelangen Karriere als investigative Journalistin, Auslandskorrespondentin und Leiterin der Nachrichtensparte des philippinischen Fernsehsenders ABS-CBN, gründete sie zusammen mit drei weiteren Kolleginnen im Jahr 2012 die Online-Nachrichtenplattform Rappler. Über die Jahre wuchs Rappler zur viertgrößten Nachrichtenseite der Philippinen, die über 100 Journalist*innen beschäftigt, heran.

Als Rappler im Oktober 2016 aufdeckte, dass das Duterte-Lager eine regelrechte Online-Armee aus bezahlten Trollen aufgebaut hatte, die falsche Nachrichten in sozialen Medien verbreiteten und politische Gegner attackierten, wurden die Seite und ihre Journalist*innen selbst zu deren Ziel.⁶⁸ Ressa berichtet, dass sie in der Folge 90 Hassnachrichten pro Stunde erhielt.⁶⁹ Zudem hatte Rappler schon früh kritisch über den Krieg gegen die Drogen der neuen Regierung berichtet. Als eines der wenigen nationalen Medien veröffentlichte Rappler investigative Berichte, die das Narrativ der Regierung zu den Tötungen in Frage stellten.

Dass die Regierung selbst gegen Rappler vorgehen würde, deutete Duterte dann im Juli 2017 in seiner Rede zur Lage der Nation an, in der er behauptete, das Unternehmen sei vollständig in ausländischem

Besitz, was gegen philippinische Gesetze verstoße.⁷⁰ Bereits im Januar desselben Jahres hatte die Securities and Exchange Commission (SEC) Rappler unter diesem Vorwurf die Lizenz entzogen. Der Court of Appeals hat diese Entscheidung aber in der Zwischenzeit als faktisch unbegründet zurück an die SEC verwiesen.⁷¹

Daraufhin begann die Regierung wegen angeblicher Steuervergehen gegen Rappler vorzugehen. Zudem liegt eine Anklage wegen Online-Verleumdung durch den Geschäftsmann Wilfredo Keng wegen eines 2012 erschienenen Artikels vor.⁷² Ressa und Rappler weisen aber darauf hin, dass der betreffende Artikel vier Monate vor Inkrafttreten des Cybercrime Prevention Acts publiziert wurde. Insgesamt liegen nun elf Anklagen gegen Rappler, Ressa und weitere Mitarbeiter*innen vor. Ressa selbst wurde mehrfach kurzzeitig verhaftet, dann aber wieder auf Kautions entlassen. Zudem wurde der politischen Korrespondentin Pia Ranada die Akkreditierung für die Berichterstattung aus dem Präsidentenpalast entzogen.⁷³

Mehrere UN-Sonderberichterstatter*innen haben das Vorgehen gegen Rappler als politisch motiviert eingestuft und ein Fallenlassen aller Anklagen gefordert.⁷⁴

68 Rappler, "Propaganda war: Weaponizing the internet", 3.10.2016, bit.ly/2xY1nrX

69 Rappler, "Facebook let my government target me. Here's why I still work with them", 21.1.2019, bit.ly/2OiS9j

70 Rappler, "Duterte claims Rappler 'fully owned by Americans'", 24.6.2017, bit.ly/2ls4lR6

71 Rappler, "Court of Appeals denies Rappler appeal in SEC case", 11.3.2019, bit.ly/2lraqter

72 The Philippine Star, "A look at the cyber libel charge vs Rappler, Maria Ressa", 13.2.2019, bit.ly/2SBjLIS

73 ABS-CBN News, "Rappler reporter now banned from entire Malacañang complex", 4.10.2018, bit.ly/2VowqN

74 OHCHR, "UN experts express serious alarm at effort to shut down independent media outlet in the Philippines", 25.1.2018, bit.ly/2kqvMdr; OHCHR, "UN expert calls on the Philippines to drop charges against Rappler", 6.12.2018, bit.ly/2jQB2qK

STRAFFREIHEIT UND INTERNATIONALES MENSCHENRECHTSSYSTEM

Präsident Duterte hat die Sicherheitskräfte nicht nur unmissverständlich aufgefordert, Morde an Drogenabhängigen und -händler*innen sowie Menschenrechtsverteidiger*innen zu begehen, er versprach ihnen dabei auch immer wieder absolute Straffreiheit. Niemals, so Duterte, werde er es zulassen, dass Polizist*innen für eine „Fehlentscheidung“ ins Gefängnis gehen.⁷⁵ Dabei bezog er sich auf Videoaufnahmen, die die Hinrichtung von drei mutmaßlichen Drogenutzern durch Polizeieinheiten im Armutsviertel Tondo am 11. Oktober 2017 zeigen. Keiner der beteiligten Polizisten wurde in der Folge angeklagt.⁷⁶

Duterte bestärkt damit die ohnehin vorhandene Kultur der Straflosigkeit für schwerste Menschenrechtsverletzungen, die in den Philippinen seit Jahrzehnten besteht. So werden die Philippinen etwa im Global Impunity Index von 2017 als das Land mit der höchsten Straflosigkeitsrate weltweit geführt.⁷⁷ Tausenden Fällen von außergerichtlichen Hinrichtungen und Verschwindenlassen stehen nur eine Handvoll Verurteilungen von Täter*innen gegenüber. Dieser Trend hat sich unter der Regierung Duterte nicht nur bestätigt, sondern massiv verschärft. Dies betrifft insbesondere die vermuteten 27.000 Tötungen im Krieg gegen die Drogen, bei denen es bisher nur in einem einzigen Fall zu einer Verurteilung kam.

Auch als Antwort auf anhaltende internationale Kritik an der Kultur der Straflosigkeit haben die Philippinen unter den Vorgängerregierungen eine Vielzahl von speziellen Menschenrechtsmechanismen und -institutionen geschaffen. Parallel zu den Strafverfolgungsbehörden existieren so heute unter anderem mit der Task Force USIG eine auf extralegale Hinrichtungen spezialisierte Einheit der PNP, Menschenrechtsbüros bei Polizei und Armee, die nationale Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights, CHR) und das ressortübergreifend arbeitende Inter-Agency Committee on Extra-Legal Killings, genannt AO35 (nach der Administrative Order 35). Allerdings ist es bis heute keiner dieser Einrichtungen gelungen, wesentliche Erfolge im Kampf gegen die Straflosigkeit zu erzielen.

Auch die Regierung Duterte hat mit der Presidential Task Force on Media Security (PTFoMS) einen weiteren

dezidierten Mechanismus eingerichtet, der Morde an Journalist*innen aufklären und die Täter*innen vor Gericht bringen soll. Dieses Komitee dupliziert allerdings nicht nur die bereits bestehenden Aufklärungsmechanismen, sondern hat auch wie diese bisher keinerlei Erfolge bei der Aufklärung extralegaler Hinrichtungen zu vermelden. Bislang zeichnet sich die Task Force im Gegenteil vor allem dadurch aus, die Kritik an den systematischen Attacken gegen die Journalistin Maria Ressa und Rappler (siehe den Fall Rappler und Maria Ressa) als unbegründet zurückzuweisen.⁷⁸

Anstatt bestehende nationale Menschenrechtsmechanismen zu stärken, wurden auch diese von der Regierung attackiert und geschwächt. Das Hauptziel dieser Attacken ist die nationale Menschenrechtskommission CHR. Duterte und Mitglieder des Regierungslagers behaupten nicht nur, die CHR stelle sich ausschließlich auf die Seite von Kriminellen und behindere die Justiz. Der Präsident forderte sogar Polizist*innen auf, CHR-Mitarbeiter*innen zu erschließen.⁷⁹ Die Angriffe gegen die CHR kulminierten im August 2017 mit dem Versuch, ihr Budget auf 1.000 Peso (20 Euro) zu reduzieren, was vom Repräsentantenhaus zunächst auch mit großer Mehrheit angenommen wurde. Später stimmte der Kongress einem Budget von 695,5 Millionen Peso (11,8 Mio. Euro) zu, was immerhin noch einer Reduktion von 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.⁸⁰

KOOPERATION MIT INTERNATIONALEN MENSCHEN- RECHTSMECHANISMEN

Ein weiteres Zeichen, dass die Regierung jegliche Verantwortung für schwere Menschenrechtsverletzungen verweigert, ist der Rückzug der Philippinen aus dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zum 17. März 2019.⁸¹ Im Februar 2018 hatte die Chefanklägerin des IStGH, Fatou Bensouda, die Eröffnung eines vorläufigen Ermittlungsverfahrens der im Kontext des Kriegs gegen die Drogen geschehenen Tötungen durch Polizeikräfte bekanntgegeben.⁸² Trotz des Rückzugs hat der Gerichtshof allerdings weiterhin ein Mandat, alle Verbrechen zu verfolgen, die bis zum Austrittsdatum verübt wurden.⁸³



Philippinische Menschenrechtsaktivist*innen demonstrieren vor der UN in Genf

Obwohl die Philippinen 2018 für zwei weitere Jahre zum Mitglied des UN-Menschenrechtsrats gewählt wurden, weigert sich die Regierung standhaft, mit dessen Mechanismen zu kooperieren. So lehnten die Philippinen 2017 alle Staatenempfehlungen aus dem Universellen Periodischen Überprüfungsverfahren ab, die sich auf den Krieg gegen die Drogen, außergerichtliche Hinrichtungen, die Todesstrafe oder den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen bezogen.⁸⁴ Als Reaktion auf eine Resolution des Menschenrechtsrats im Juli 2019, in der das UN-Hochkommissariat angewiesen wurde, einen Bericht zur Menschenrechtslage in den Philippinen zu erstellen,⁸⁵ erklärten mehrere hochrangige Regierungsvertreter*innen, dass sie eine solche Untersuchung als illegitime externe Einmischung auffassen und daher nicht kooperieren würden.⁸⁶ Statt mit den Mechanismen des Menschenrechtsrats zusammenzuarbeiten, wurden mehrere UN-Sonderberichterstatterinnen bedroht. Während die Berichterstatterin für die Rechte Indigener, Victoria Tauli-Corpuz, eine Filipina, auf einer Liste mit Terrorverdächtigen aufgeführt wurde (siehe das Kapitel Menschenrechtsverteidiger*innen), drohte Duterte der Berichterstatterin für außergerichtliche Hinrichtungen, Agnès Callamard, mit physischer Gewalt, sollte sie seine Rolle im Krieg gegen die Drogen untersuchen.⁸⁷

75 The Philippine Star, "Duterte: I won't allow cops, soldiers to be jailed", 28.11.2017, bit.ly/2jYr1bh

76 Reuter, "Police tell one story of what happened in Barangay 19. Security cameras tell another", 27.11.2017, reut.rs/2BfKyXr

77 Fundación Universidad de las Américas, "Global Impunity Index 2017", August 2017, bit.ly/2koxY5y

78 Philippine News Agency, "Ressa's libel case not isolated, PTFoMS asserts", 18.2.2019, bit.ly/2lVCicZ

79 The Philippine Star, "Duterte: Shoot CHR personnel if they obstruct justice", 17.8.2017, bit.ly/2lvny4f

80 Rappler, "Duterte signs P3.8-trillion 2018 national budget into law", 19.12.2017, bit.ly/2jSZ7xa

81 Al Jazeera, "Philippines officially out of the International Criminal Court", 17.3.2019, bit.ly/2HowMct

82 International Criminal Court, "Statement of the Prosecutor of the International Criminal Court, Fatou Bensouda, on opening Preliminary Examinations into the situations in the Philippines and in Venezuela", 8.2.2018, bit.ly/2EbgZfL

83 Reuters, "ICC prosecutor: examination of Philippines continues despite withdrawal", 18.3.2019, reut.rs/2koyKiY

84 UPR Info, "Philippines: Responses to Recommendations, Third Review Session 27", 15.12.2017, bit.ly/2kafPnM

85 Human Rights Council, "Promotion and protection of human rights in the Philippines", 5.6.2019, A/HRC/41/L.20

86 Rappler, "Malacañang says UNHRC resolution an insult to Filipinos", 12.6.2019, bit.ly/2JDGbeL

87 Rappler, "Duterte threatens to slap UN rapporteur if she probes drug war", 9.11.2017, bit.ly/2kbwond



FALL: JOVITO PALPARAN

Einer der wenigen Erfolge im Kampf gegen die Kultur der Straflosigkeit war die Verurteilung des ehemaligen Generals der philippinischen Armee, Jovito Palparan Jr., im September 2017. Dieser war vom Regionalgericht in Bulacan wegen der Entführung und dem rechtswidrigen Festhalten von zwei Studentinnen zu einer Haftstrafe von 40 Jahren verurteilt worden. Palparan war während des von der damaligen Präsidentin Arroyo erklärten „totalen Kriegs“ gegen die NPA wegen seines brutalen Vorgehens gegen linke Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen berüchtigt. Die 2006 eingesetzte Melo Commission, die die Aufgabe hatte, außergerichtliche Hinrichtungen zu untersuchen, benannte Palparan als einen der wesentlichen Verantwortlichen für diese Morde innerhalb des Militärs.⁸⁸ Überall, wo Palparan das Kommando übernahm, häuften sich solche Morde schlagartig. Dies brachte ihm den Spitznamen „Berdugo“, der Schlächter ein.

2003 wurde die Menschenrechtsaktivistin Eden Marcellana von Männern entführt, die unter dem Kommando Palparans stehen. Einen Tag nach ihrer Entführung wurde ihre gefesselte und mit Messerstichen übersäte Leiche in einem Bambuswald in Mindoro gefunden. Marcellana sollte vor der nationalen Berufungskommission (Commission on Appointments) gegen die Beförderung Palparans aussagen.

Verurteilt wurde Palparan für das Verschwindenlassen der beiden Studentinnen Sherlyn Cadapan und Karen Empeño. Die beiden Frauen wurden in der Nacht des 26. Juni 2006 während einer Feldforschung zur Situation der Bäuerinnen und Bauern in Hagonoy auf der Insel Luzon von bewaffneten Männern entführt. Der Bauer Manuel Merino versuchte noch die Täter aufzuhalten, wurde dabei jedoch selbst entführt. Die Menschenrechtsgruppe Alyansa ng mga Mamamayan para Pantaong Karapatan-Bulacan (Bündnis für Menschenrechte-Bulacan) reagierte schnell und identifizierte das bei der Entführung genutzte Fahrzeug als Militärfahrzeug des 56. Infanteriebataillons der

philippinischen Armee. Maßgebliche Hinweise auf das Schicksal der beiden jungen Frauen gab aber erst die couragierte Aussage Raymond Manalos. Dieser wurde 2006 zusammen mit seinem Bruder ebenfalls Opfer einer Entführung und berichtete nach seiner Flucht aus dem Militärgewahrsam über brutale Foltermethoden ihm und Mitgefangenen gegenüber, unter diesen auch die beiden vermissten Studentinnen.

Es dauerte mehr als zwei Jahre, bis der Court of Appeals im September 2008 die sofortige Freilassung von Empeño und Cadapan anordnete, ohne aber die Namen der Täter zu nennen, obwohl diese durch mehrere Zeug*innen identifiziert worden waren. Als die beiden nach über einem Monat noch immer nicht entlassen wurden, beantragten ihre Mütter, Militärcamps besuchen zu dürfen. Außerdem forderten sie vom Obersten Gerichtshof, dass sowohl hochrangige Militärvertreter als auch die damalige Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo zur Verantwortung gezogen werden. Als der Court of Appeals sich daraufhin weigerte, sein eigenes Urteil der Freilassung zu vollstrecken, zogen die Angehörigen weiter vor den Obersten Gerichtshof. Dieser brauchte wiederum fast zwei Jahre, um die ursprüngliche Anordnung auf Freilassung zu bestätigen. Auch dieses Urteil wurde vom Militär aber ignoriert. Die beiden Studentinnen bleiben bis heute verschwunden. Als im Dezember 2011, über fünf Jahre nach der Entführung, endlich Haftbefehl gegen Palparan und andere Verdächtige erlassen wurde, tauchten diese unter. Erst im August 2014, nach fast dreijähriger Flucht, wurde Palparan von der Bundespolizei in Manila verhaftet und vor Gericht gestellt.

Bis heute ist er der ranghöchste Militär und einer von nur einer Handvoll Soldaten überhaupt, die wegen schwerster Menschenrechtsverletzungen rechtskräftig verurteilt wurden.

⁸⁸ Melo Commission, "Independent Commission to Address Media and Activist Killings, Created under Administrative Order No. 157 (s. 2006)", 2007, bit.ly/2knte01

INDIGENENRECHTE



Lumads ist die kollektive Bezeichnung für die Mitglieder der verschiedenen indigenen, nicht-muslimischen Gruppen in Mindanao. Nachdem sie, vor allem durch die Migration christlicher Siedler*innen, in die abgelegenen und unwirtschaftlichen Gebirgsregionen Mindanaos verdrängt wurden, gehören die Lumads heute zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen der Philippinen. Aber selbst in den wenigen ihnen verbliebenen Gebieten sind die Lumads bedroht. Dort geraten sie zwischen die Fronten des innerstaatlichen Konflikts zwischen der Regierung und der kommunistischen New Peoples' Army (NPA). Beide Fraktionen rekrutieren gezielt Indigene und tragen den Konflikt damit in die Gemeinschaften. So wird besonders die philippinische Armee beschuldigt, paramilitärische Gruppen zu kontrollieren, die für eine Vielzahl von zivilen Todesopfern in den letzten Jahren verantwortlich gemacht werden. Allein seit Juli 2016 werden para-

militärische Gruppen in Mindanao hinter acht Morden von Menschenrechtsverteidiger*innen vermutet.⁸⁹

*Schüler*innen einer unabhängigen Indigenenschule*

Obwohl Duterte zu Beginn seiner Amtszeit ankündigte, indigene Gemeinschaften schützen zu wollen und paramilitärische Gruppen aufzulösen,⁹⁰ werden weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen aus Mindanao bekannt. In besonderem Maß sind unabhängige indigene Schulen von Repressionen betroffen. Weil das staatliche Angebot an Bildungseinrichtungen in den abgelegenen Regionen Mindanaos unzureichend ist, werden diese Schulen von zivil-

⁸⁹ Siehe Anhang: Liste getöteter Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen

⁹⁰ Official Gazette, "President Duterte orders military to stop paramilitary groups amid ongoing peace talks", 23.9.2016, bit.ly/2ksjK3C

gesellschaftlichen oder kirchlichen Trägern betrieben. Allerdings werfen das Militär und Regierungsvertreter*innen den Schulen vor, Ausbildungsstätten der NPA zu sein. Davon betroffen ist z. B. die Organisation ALCADDEV, deren Leiter Emerico Samarca im September 2015 von Paramilitärs ermordet wurde.⁹¹ Duterte selbst drohte damit, Lumad-Schulen bombardieren zu lassen.⁹² Nach Angaben des philippinischen Netzwerks Save Our Schools wurden zwischen Juli 2016 und März 2019 85 solcher Schulen temporär geschlossen, nachdem sie Ziel von Angriffen durch das Militär oder paramilitärische Gruppen geworden waren.⁹³ Im Juli 2019 ordnete das Bildungsministerium die Schließung von 55 Schulen an, denen es vorwirft, eine regierungsfeindliche Ideologie zu verbreiten.⁹⁴

Weitere Menschenrechtsverletzungen an Indigenen ereignen sich im Kontext von wirtschaftlichen Interessen an deren angestammten Territorien. Agrarkonzerne, die Kaffee, Früchte oder Palmöl anbauen, werden immer wieder des Landraubs beschuldigt. Von besonderer Bedeutung sind auch Bergbauprojekte. Von den Mineralienvorkommen im geschätzten Wert von 800 Milliarden bis 1 Billion US-Dollar, die in den Philippinen vermutet werden, befinden sich ca. 60 Prozent auf indigenem Land. Allerdings profitieren die Indigenen selbst von diesem immensen Reichtum kaum. So wird ihre Lebensgrundlage durch Umweltzerstörungen bedroht, etwa durch den kaum regulierten Einsatz hochgiftiger Chemikalien wie Quecksilber und Zyanid sowie durch Bodenerosion und großflächige Abholzung. Der Mining Act von 1995 garantiert Bergbauunternehmen die kostenlose Nutzung von Wasser – welches dann der Landwirtschaft fehlt – und das Recht, nach Gutdünken Wälder abzuholzen.⁹⁵

Der Indigenous Peoples' Rights Act (IPRA) von 1997 verleiht den Indigenen theoretisch vollständige Verfügungsgewalt über ihr Ahnenland, sogenannte Ancestral Domains.⁹⁶ Dazu gehört, dass jedes Bergbauprojekt auf ihrem Gebiet der freien, vorausgehenden und informierten Zustimmung (Free, Prior, and Informed Consent – FPIC) der Indigenen bedarf. Allerdings wird kaum eines der Konsultationsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt, häufig werden die Betroffenen sogar gezielt über mögliche Auswirkungen der Projekte getäuscht.⁹⁷ Statt das geltende Recht umzusetzen, das indigene Gemeinschaften vor dem Verlust ihrer Länder schützen würde, kündigte Duterte an, selbst Investor*innen aussuchen zu wollen, die dort investieren sollen.⁹⁸

91 Frontline Defenders, "Killing of Emerito Samarca", bit.ly/2kztL7u

92 CNN Philippines, "Duterte threatens to bomb Lumad schools", 25.6.2017, bit.ly/2lw4wul

93 ABS-CBN News, "One, two... flee: Lumad teens find refuge in Manila, pursue studies", 30.3.2019, bit.ly/2k3lBdY

94 The Philippine Star, "Lumad schools suspended over 'recycled lies, unverified reports,' Karapatan says", 16.6.2019, bit.ly/2Lm6d9N.

95 Republic Act No. 7942, "An Act Instituting a New System of Mineral Resources Exploration, Development, Utilization, and Conservation", 3.3.1995, Sections 72 & 73

96 Republic Act No. 8371, "An Act to Recognize, Protect and Promote the Rights of Indigenous Cultural Communities/Indigenous Peoples, Creating a National Commission on Indigenous Peoples, Establishing Implementing Mechanisms, Appropriating Funds Therefor, and for Other Purposes", 29.10.1997, Sections 7b & 7c

97 Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), "Assessing Free and Prior Informed Consent (FPIC) Implementation in the Philippines", April 2013, bit.ly/2ktZoaz

98 Minda News, "Duterte to 'choose investors' to develop Lumad lands for oil palm, mining", 3.2.2018, bit.ly/2lWvxHL

FALL: LAKE SEBU MASSAKER



Datu Danyan war Vorsitzender der indigenen Organisation TAMASCO, die sich für die Rechte der indigenen T'boli und insbesondere ihren Anspruch auf ihr angestammtes Land einsetzt. 1991 wurden die T'boli von ihrem Land vertrieben, als die Regierung der Firma Silvicultural Industries eine 25-jährige Lizenz erteilte, auf über 11.000 Hektar Kaffee anzubauen. Als die Lizenz 2016 auslief, beantragte die Firma eine Verlängerung, was unter dem Indigenous Peoples Rights Act allerdings die freie, vorausgehende und informierte Zustimmung der T'boli erfordert hätte. Obwohl die betroffene Gemeinschaft diese geschlossen verweigerte, erteilte das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (DENR) eine Lizenzverlängerung.

Am 3. Dezember 2017 wurden T'boli Vorsteher Datu Victor Danyan, seine beiden Söhne, sein Schwiegersohn und vier andere Mitglieder der Indigenengemeinschaft der T'boli in Lake Sebu, South Cotabato auf der Insel Mindanao erschossen. Beschuldigt werden Mitglieder des 27. und 33. Infanteriebataillons der philippinischen Streitkräfte. Nach Angaben der Armee starben die Opfer im Kreuzfeuer eines Gefechts mit der New People's Army (NPA). Augenzeugen hingegen berichten, die Soldaten hätten die Farm Datu Danyans betreten und ohne Warnung das Feuer eröffnet. Einen Tag vor dem Vorfall hatten Mitglieder des Militärs in lokalen Medien die Warnung verbreitet, die Lumads und insbesondere ihr „Kommandant“ Victor sollten sich ergeben.

Unter der Führung von Datu Danyan besetzten die T'boli daraufhin 150 Hektar ihres Landes, rodeten die Kaffeepflanzen und bauten dort Getreide an. Gegen Datu Danyan und mehrere andere Mitglieder der Gemeinschaft wurden daraufhin Haftbefehle erlassen. Mehrere Indigene erhielten Todesdrohungen und wurden der Mitgliedschaft in der NPA bezichtigt. Unter Vermittlung der katholischen Kirche wurde für den 4. Dezember ein Treffen zwischen Regierungsvertreter*innen und TAMASCO-Mitgliedern anberaumt. Bevor es dazu kam, wurden letztere brutal massakriert.⁹⁹

⁹⁹ ABS-CBN News, "Lake Sebu Lumad massacre followed visit of barangay captain", 16.12.2017, bit.ly/2n6hfVz

EMPFEHLUNGEN AN DIE PHILIPPINISCHE REGIERUNG

KRIEG GEGEN DIE DROGEN

- › Jede staatliche Antwort auf das Problem von Drogenmissbrauch muss die Gesundheit der Betroffenen und ihre Rechte in den Mittelpunkt stellen.
- › Alle Polizeieinsätze im Rahmen des sogenannten „Kriegs gegen die Drogen“, die den Einsatz unnötiger oder unverhältnismäßiger Gewalt beinhalten, müssen unverzüglich beendet werden.
- › Alle Fälle von Tötungen von mutmaßlichen Drogenhändler*innen und -abhängigen müssen unverzüglich untersucht werden. Dazu sollte eine unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt werden, die unabhängig von der Philippine National Police, der Philippine Drug Enforcement Agency und dem Büro des Präsidenten fungiert und die mit relevanten internationalen Untersuchungsmechanismen kooperiert.
- › Die Todesstrafe soll nicht wiedereingeführt und das Strafmündigkeitsalter soll nicht herabgesetzt werden.

SCHUTZ VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN UND JOURNALIST*INNEN

- › Alle Fälle getöteter Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen müssen unverzüglich untersucht und die Täter*innen vor Gericht gestellt werden.
- › Es müssen alle notwendigen Schritte eingeleitet werden, um Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen vor Drangsalierung, Gewalt und Mord zu beschützen.
- › Philippinische Sicherheitskräfte müssen angewiesen werden, stigmatisierende Äußerungen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen einzustellen, insbesondere wenn diese eine Mitgliedschaft zur New People's Army suggerieren.
- › Die philippinischen Streitkräfte müssen angewiesen werden, keine konstruierten Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen mehr zu anzustrengen.
- › Es muss sichergestellt werden, dass Staatsanwält*innen und Richter*innen keine Verfahren in Fällen von offensichtlich konstruierten Anklagen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen einleiten.

PRESSEFREIHEIT

- › Alle Gesetze, die Verleumdung als Straftat definieren, insbesondere Artikel 353 bis 355 und 358 bis 362 des Revised Penal Code, sowie Abschnitt 4(c) (4) des Cybercrime Prevention Act, müssen aufgehoben werden. Die Gesetzeslage soll dahingehend geändert werden, dass Verleumdung und Rufmord ausschließlich zivilrechtlich verfolgt werden können.
- › Alle Anklagen gegen Maria Ressa, Rappler und deren Journalist*innen müssen unverzüglich fallen gelassen werden.

STRAFFREIHEIT

- › Es muss eine grundlegende Reform des Justizsystems eingeleitet werden, sodass Gerichtsverfahren in Fällen gravierender Menschenrechtsverletzungen beschleunigt und die Täter*innen schnell und zuverlässig zur Rechenschaft gezogen werden können.
- › Die Straffreiheit bei extralegalen Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Folter ist durch eine gründliche Aufklärung aller entsprechenden Fälle zu beenden, insbesondere wenn es sich bei den Täter*innen um staatliche Sicherheitskräfte handelt.
- › Die Philippinen sollen das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (ICPPED) ratifizieren.
- › Alle ausstehenden Haftbefehle in Fällen extralegalen Hinrichtungen sind unverzüglich zu vollstrecken.
- › Das unter Administrative Order 35 gegründete Inter-Agency Committee on Extrajudicial Killings soll eine Liste der von ihm bearbeiteten Fälle veröffentlichen und regelmäßig über die Ermittlungsfortschritte informieren.
- › Das Zeugenschutzprogramm muss reformiert und ausgeweitet werden, um den zuverlässigen und unabhängigen Schutz von Zeug*innen vor, während und nach den Ermittlungen und Gerichtsverfahren sicherzustellen.
- › Alle Versuche, die Arbeit der philippinischen Menschenrechtskommission zu behindern und zu diskreditieren, müssen unverzüglich beendet werden. Die adäquate Finanzierung ihrer Arbeit ist sicherzustellen.

EMPFEHLUNGEN AN DIE EU

KOOPERATION MIT INTERNATIONALEN MENSCHEN- RECHTSMECHANISMEN

- › Allen internationalen menschenrechtlichen Untersuchungs- und Monitoringmechanismen, darunter Vertreter*innen des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte und des Internationalen Strafgerichtshofs, ist ein uneingeschränkter Zugang zum Land zu gewähren.
- › Allen themenbezogenen Sonderberichterstatter*innen und Arbeitsgruppen des UN-Menschenrechtsrats, insbesondere der Sonderberichterstatterin zu extralegalen Hinrichtungen und dem Sonderberichterstatter zur Lage von Menschenrechtsverteidiger*innen, soll eine dauerhafte Einladung ausgesprochen werden.

RECHTE INDIGENER

- › Es müssen gründliche und unabhängige Untersuchungen in allen Fällen getöteter Indigener eingeleitet werden, in die das Militär, paramilitärische Gruppen oder Bergbauunternehmen verwickelt sind. Es müssen alle notwendigen Schritte ergriffen werden, um indigene Bergbaugegner*innen vor Gewalt zu schützen.
- › Es muss sichergestellt werden, dass die freie, vorausgehende und informierte Zustimmung (Free, Prior, and Informed Consent) betroffener indigener Gemeinden eingeholt wird, bevor Lizenzen für Bergbauprojekte auf deren Ahnenland erteilt werden.
- › Alle Übergriffe auf unabhängige, indigene Schulen sowie deren Lehrkräfte und Schüler*innen müssen untersucht und die Täter*innen zur Rechenschaft gezogen werden.
- › Die Philippinen sollen das Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern (ILO 169) ratifizieren.

- › Die Suspendierung der den Philippinen unter dem Generalised Scheme of Preferences (GSP+) gewährten Handelspräferenzen soll gemäß Artikel 19,5 der Statuten eingeleitet werden. Eine Nichtsuspendierung nach der sechsmonatigen Überprüfungsphase soll an konkrete Schritte zur Verbesserung der Menschenrechtslage geknüpft werden.

EMPFEHLUNGEN AN INTERNATIONALE AKTEUR*INNEN

- › Die philippinische Regierung muss nachdrücklich aufgefordert werden, mit allen internationalen Menschenrechtsmechanismen und insbesondere mit dem UN-Menschenrechtsrat und dem Internationalen Strafgerichtshof zu kooperieren.
- › Bi- und multilaterale Menschenrechtsdialoge müssen konsequent genutzt werden, um die philippinische Regierung zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards anzuhalten.
- › Durch Prozessbeobachtung von Gerichtsverfahren in Fällen von Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen muss überprüft werden, ob prozessuale Mindeststandards eingehalten werden, deren Befolgung gegebenenfalls angemahnt werden muss.

LISTE GETÖTETER MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN UND JOURNALIST*INNEN

VOM 01. JULI 2016 BIS 30. AUGUST 2019

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Gloria Capitan	01.07.16	Mariveles, Bataan	Umwelt	Coal Free Bataan Movement, United Citizens of Lucanin Association	Unbekannt
Remar Mayantao, Rogen Suminao, Senon Nacaytuna	12.07.16	Sumilao, Bukidnon	Indigenenrechte, Landrechte	Inlansahan Indigenous Peoples Organisation	Private Sicherheitskräfte des Agrar- unternehmens RamCar Inc.
Apolinario Suan Jr.	14.07.16	Bislig, Surigao del Sur	Journalismus	Real FM Bislig	Unbekannt
Herme Alegre	15.07.16	Tugbok District, Davao City, Davao del Sur	Indigenenrechte, Landrechte, Recht auf Bildung	Parent-Teacher-Community Association of Salugpungan Ta' Tanu Igkanugon (Unity in Defence of Ancestral Land) School	84th Infantry Battalion Philippine Army (IBPA)
Emerenciana Mercado Dela Rosa, Violeta Mercado De Leon, Eligio Barbado, Gaudencio Bagalay	03.09.16	Palayan, Nueva Ecija	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Alyansa ng mga Magbubukid na Nagkakaisang 3100	Unbekannt
Jessybel Sanchez	14.08.16	Talaingod, Davao del Norte	Indigenenrechte	Lumadnong Panaghiusa-Salugpungan Ta Tanu Igkanugon (LuPa-STTI)	68th IBPA
Jerry 'Dandan' Layola, Jimmy Ma- pinsahan Barosa	12.08.16	San Luis, Agusan del Sur	Indigenenrechte, Landrechte	Tagdumahan indigenous peoples' organization	Citizen Armed Force Geographical Unit (CAFGU)
Elmer Del Rosario	19.08.16	Tangub City, Misamis Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Kilusang Magbubukid ng Pilipinas (KMP)	55th IBPA
Ariel Diaz	07.09.16	Delfin Albano, Isabela	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Danggayan Dagiti Mannalon ti Isabela (DAGA- MI), Kilusang Magbubukid ng Pilipinas (KMP)	Unbekannt
Orlando Abangan	17.09.16	Talisay City, Cebu	Arbeiter*innenrechte	Partido Manggagawa	Unbekannt
Arnel Figueroa	20.09.16	Yulo King Ranch, Coron, Palawan	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Pesante	"Blue Guards" des Bureau of Animal Industry (BAI)
Edilberto Miralles	23.09.16	Quezon City, Metro Manila	Arbeiter*innenrechte	R&E Taxi Transport union	Auftragsmörder im Auftrag von R&E Taxi Transport
Jimmy Saypan	10.10.16	Montevista, Compostela Valley	Bergbau, Landrechte	Compostela Farmers Association (CFA)	66th IBPA
Joselito "Anoy" Pasaporte	13.10.16	Mabini, Compostela Valley	Umwelt, Landrechte	Panalipdan Youth	Unbekannt
Larry Que	19.12.16	Virac, Catanduanes	Journalismus	Catanduanes News Now	Unidentifizierte Mörder, die von einem Lokalpolitiker beauftragt wurden
Jimmy Sotto	24.12.16	Floridablanca, Pampanga	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Aguman Dareng Maglalautang Capampangan (AMC)	Unbekannt
Copertino Banugan, Ramon Banugan, Benny Banugan	30.12.16	Caraga, Davao Oriental	Indigenenrechte	Stammesoberhaupt der Mandaya	New People's Army
Venie Diamante	05.01.17	Norala, South Cotabato	Indigenenrechte, Landrechte	Stammesoberhaupt der T'boli	Unidentifizierte Mörder, die von einem Lokalpolitiker beauftragt wurden
Mario Contaui	07.01.16	Magsingal, Ilocos Sur	Umwelt	University of Northern Philippines, formerly dzNS radio	Unbekannt
Alexander Ceballos	20.01.17	Murcia, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte	National Federation of Sugar Workers (NFSW)	Privatarmee einer lokalen politischen Dynastie
Veronico Delamente	20.01.17	Claver, Surigao del Norte	Indigenenrechte, Landrechte, linke Politik	Kahugpungan sa Lumadnong Organisasyon (KASALO), KATRIBU partylist	Sicherheitskräfte der Claver Mineral Development Corp. (CDMC)
Wencislao Pacquiao	25.01.17	Calatrava, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte	San Benito Farmers Association- Kilusang Mag- bubukid ng Pilipinas (KMP)	Sicherheitskräfte eines lokalen Großgrundbesitzers
Marlon Muyco	01.02.17	Mlang, Cotabato	Journalismus	dxND Radyo Bida	Unidentifizierte Mörder, die von einem Lokalpolitiker beauftragt wurden
Renato Anglao	03.02.17	Quezon, Bukidnon	Indigenenrechte	TINDOGA (Tribal Indigenous Oppressed Group Association)	Unbekannt
Matanem Lorendo Pocuan	04.02.17	Cabanglasan, Bukidnon	Indigenenrechte	Stammesoberhaupt der Omayam in Cabanglasan	Paramilitärische Gruppe Almara
Glenn Ramos	06.02.17	Maa, Davao City	Linke Politik	Ehemaliger Koordinator von Bayan Muna	Criminal Investigation and Detection Group (CIDG)
Emelito Rotimas	06.02.17	Maco, Compostela Valley	Indigenenrechte	Indigenenführer	Unbekannt
Orlando Eslana	11.02.17	President Roxas, Capiz	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Kahublagan sang Mangunguma sa Capiz (KAMACA)	Sicherheitskräfte eines lokalen Großgrundbesitzers
Mia Manuelita Mascari as-Green	15.02.17	Tagbilaran City, Bohol	Umwelt	Environmental Legal Assistance Center (ELAC)	Unbekannt
Edweno Catog	16.02.17	Pantukan, Compostela Valley	Indigenenrechte, Landrechte, red-tagging	Hugpong sa mga Mag-uuma sa Walog Compostela (HUMAWAC)	46th IBPA

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Wilerme Agorde	19.02.17	President Roxas, North Cotabato	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Social Action Center der Diözese Kidapawan	Paramilitärische Gruppe Bagani
Gilbert Rosima Bancat	25.02.17	San Andres, Quezon	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Pinagkaisang Lakas Ng Mga Magbubukid Sa Quezon (PIGLAS-Quezon)	59th IBPA
Ramon Dagaas Pesadilla, Leonela Tapdasan Pesadilla	02.03.17	Compostela, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Compostela Valley Farmers Association	66th IBPA
Hadji Billamin Hassan, Nuruddin Musaddul Muhlis, Misha (einjähriges Kind), Dani (11 Jahre)	08.03.17	Tabuan Lasa, Basilan	Frieden, linke Politik	Bayan Muna	CIDG, Philippine National Police (PNP)
Joaquin Briones	13.03.17	Milagros, Masbate	Journalismus	Remate (Zeitung)	Unbekannt
Pedro Pandagay	23.03.17	Mabini, Compostela Valley	Landrechte, Bergbau	Golden Valley Banana Planters Association	71st IBPA
Arman Tampus Almonicar, Arlene Tampus Almonicar, Cora Molave Lina	27.03.17	Laak, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Nagkahiusang Mag-uuma sa Laak, Compostela Valley Farmers Association	60th IBPA
Danilo Ruiz Nadal	02.04.17	Pantukan, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Hugpong sa Mag-uuma sa Pantukan (HUMAPAN)	46th IBPA
Elias Pureza	06.04.17	San Isidro, Davao del Norte	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Farmers' Association of San Isidro (FASI)	60th IBPA
Bernardo Calan Ripdos	08.04.17	Maco, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Hugpong sa Mag-uuma sa Walog Compostela (HUMAWAC)	46th und 71st IBPA
Federico Sanchez Plaza	03.05.17	Maragusan, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Hugpong sa Mag-Uuma sa Walog Compostela (HUMAWAC)	66th IBPA
Rodolfo Jr. Dagahuya	09.05.17	Davao City, Davao del Sur	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Dominga Farmers' Association	3rd IB Task Force Harribon
Fernando Alejo	22.05.17	Narra, Palawan	Umwelt	Community Environment and Natural Resources Office (CENRO)	Unbekannt
Daniel Lasid	26.05.17	Matanao, Davao del Sur	Indigenenrechte, Landrechte, Bergbau	Akma Aksasatu Matanao (Unity of Matanao)	73rd IBPA
Ana-Marie Didgay-non Aumada	27.05.17	Banganga, Davao Oriental	Indigenenrechte, Landrechte, linke Politik	Alyansa sa mga Mag-uuma sa Sidlakang Davao (Almasid)	67th IBPA
Jessie Cabeza	31.05.17	Mabini, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Hugpong sa mga Mag-uuma sa Mabini (HUMABIN)	46th IBPA
Lito Casalla	03.06.17	Balayan, Batangas	Landrechte, Bergbau	Samahan ng Magbubukid sa Batangas (SAMBAT)	Unbekannt
Joseph Baning	01.07.17	Labo, Camarines Norte	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Camarines Norte Peoples' Organization (CNPO)	Unbekannt
Ande Latuan	06.07.17	Cabanglasan, Bukidnon	Indigenenrechte, red-tagging	Pigayungaan indigenous tribal association	Paramilitärische Gruppe Almara
Meliton Catampungan	10.07.17	Alegria, Surigao del Norte	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Nagkahiusang Mag-uuma sa Surigao del Norte (NAaVLASUN), Iglesia Filipina Independiente (IFI)	Unbekannt
Carolina Arado	13.07.17	Mabini, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Hugpong sa mga Mag-uuma sa Mabini (HuMaBin)	67th IBPA
Silvestre Maratas	16.07.17	San Miguel, Surigao del Sur	Bäuer*innenrechte, red-tagging	Kapunongan sa mag Mag-uuma sa Surigao del Sur (KAMASS-KMP)	2nd Special Forces Battalion
Mario Castro, Catalina Castro	20.07.17	Rizal, Nueva Ecija	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Liga ng Manggagawang Bukid	Unbekannt
Glenn Absin	23.07.17	Guihulngan City, Negros Oriental	Red-tagging	Student Government of Saint Francis School	Unbekannt
Alberto "Leboy" Tecson	24.07.17	Guihulngan City, Negros Oriental	Bäuer*innenrechte	Nagkaliusang Mag-uumaug Mangingisda sa Bulado (NaMaBu)	79th IBPA
Michael D. Marasigan, Christopher Marasigan	03.08.17	San Juan, Metro Manila	Journalismus	Business World	Unbekannt
Rudy Alicaway	06.08.17	Molave, Zamboanga del Sur	Journalismus	DXPB radio station	Unbekannt
Leo Diaz	07.08.17	President Quirino, Sultan Kudarat	Journalismus	Sapol Newspaper, Radio Mindanao Network	Unbekannt
Eddie Alyawan	12.08.17	Mabini, Compostela Valley	Umwelt, Landrechte	Panalipdan Youth	46th IBPA
Roger "Titing" Timboco	23.08.17	Mawab, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Kahugpongan sa mga Mag-uuma sa Maco, ComVal	71st IBPA

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Lomer Gerodias	27.08.17	Maragusan, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Hugpong sa mga Mag-uuma sa Walog, Compostela (HUMAWAC)	66th IBPA
Oscar Asildo Jr.	30.08.17	Guihulngan City, Negros Oriental	Linke Politik, red-tagging	Bayan Muna	Unbekannt
Jezreel Arrabis, Dalia Arrabis	02.09.17	Davao City, Davao del Sur	Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Farmers' Association in Davao City (FADC)	84th und 3rd IBPA
Obello Bay-ao	05.09.17	Talaingod, Davao del Norte	Indigenenrechte	Liga ng mga Iskolar ng Bayan	Paramilitärische Gruppe Almara
Luardo Yac	07.09.17	Guihulngan City, Negros Oriental	Bäuer*innenrechte	Kapunungan Alang sa Ugma sa Gagmayng Maguuma sa Oriental Negros (Karigmaon)	Unbekannt
Erning Aykid, Aylan Lantoy	15.09.17	Bulalacao, Oriental Mindoro	Indigenenrechte	Hagibat Mangyan, Iglesia Filipina Independiente (IFI)	4th IBPA
Reneboy Magayano	28.09.17	Maragusan, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Hugpong sa mga Mag-uuma sa Walog Compostela	66th IBPA
Christopher Iban Lozada	24.10.17	Bislig City, Surigao del Sur	Journalismus	DXBF Prime Broadcasting Network	Unidentifizierte Mörder, die von einem Lokalpolitiker beauftragt wurden
Edwin "Kiko" Pura	25.10.17	Gubat, Sorsogon	Arbeiter*innenrechte	Bayan	Unbekannt
Arnel Otacan	28.10.17	Boston, Davao Oriental	Bäuer*innenrechte	Nigkasinabot Koy Mag-umma Tu Boston	67th IBPA
Webby Argabio Sr.	08.11.17	Kabankalan City, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte	Kilusang Magbubukid ng Pilipinas, Kabankalan City (MP)	Unbekannt
Perfecto "Boy" Hoyle	16.11.17	Kitcharao, Agusan del Norte	Bäuer*innenrechte	United Church of Christ of the Philippines (UCCP)	29th IBPA
Vivencio Sahay	23.11.17	Cabadbaran, Agusan del Norte	Bäuer*innenrechte	Unyon sa Mag-uuma sa Agusan del Norte	Unbekannt
Apolonio Maranan	25.11.17	Davao City, Davao del Sur	Linke Politik, red-tagging	Anakpawis Partylist	Unbekannt
Elisa Badayos, Elioterio Moises	28.11.17	Bayawan, Negros Oriental	Bürgerlich-politische Rechte	Karapatan, Mantapi Ebwan Farmers Association	Private Sicherheitskräfte
Rodrigo Timoteo	28.11.17	Compostela, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Compostela Farmers Association (CFA)	66th IBPA
Rolando Moreno	29.11.17	Rosario, Agusan del Sur	Landrechte	Agrarian Reform Beneficiary (ARB)	Private Sicherheitskräfte der Filipinas Palm Oil Plantation Inc. (FPPI)
Datu Victor Danyan Sr., Victor Danyan Jr., Artemio Danyan, Rhudy Danyan, Pato Celarbo, Samuel Angkoy, To Diamante, Mateng Bantal	03.12.17	Lake Sebu, South Cotabato	Indigenenrechte, Landrechte, red-tagging	T'boli-Manobo S'daf Claimants Organization (Tamasco)	27th und 33rd IBPA
Fr. Marcelito "Tito" Paez	04.12.17	Jaen, Nueva Ecija	Bürgerlich-politische Rechte	Katholische Kirche	Unbekannt
Bernardo Clarion	08.12.17	Davao City, Davao del Sur	Kulturelle Rechte	Sulong Kultura (SuKul)	16th IBPA
Jeannie Rose Porras	14.12.17	Nabunturan, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Compostela Farmers Association (CFA)	66th IBPA
Flora Gemola	21.12.17	Sagay City, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte	National Federation of Sugar Workers (NSFW)	Unbekannt
Edwin Mencioner Magallanes	21.12.17	Banaybanay, Davao Oriental	Landrechte	Abanterong Nakigbisog (ABANTE NA)	28th IBPA
Aaron Notarte	15.01.18	Bunawan, Agusan del Sur	Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Nagkahiusang Mag-uuma sa Agusan del Sur (Namasur)	75th IBPA
James Flores	20.01.18	Tagum City, Davao del Norte	Bäuer*innenrechte	Pederasyon sa tanang Asosasyon sa mga Mag-uuma ug Lumad sa Agusan ug Davao	Unbekannt
Aniceto Lopez Jr	22.01.18	Quezon, Bukidnon	Bäuer*innenrechte	Kahugpungan sa mga Mag-uuma (KASAMA)	Ernesto "Oto" Balopenios, Mitglied der Philippine Marines
Ricky Baguio Olado	28.01.18	Arakan, North Cotabato	Indigenenrechte, Landrechte, Umwelt	Tinananon, Culamانون Lumadnong Panaghuisa (TICULPA)	84th IBPA
Ronald Manlapat	22.02.18	Sagay City, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	National Federation of Sugar Workers (NSFW)	Unbekannt
Ricardo Pugong Mayumi	02.03.18	Kiangan, Ifugao	Umwelt, Indigenenrechte	Ifugao Peasant Movement, Cordillera People's Alliance	Unbekannt
Agudo Quillio	20.03.18	Pantukan, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Umwelt, Bergbau, red-tagging	Hugpong sa mga Mag-uuma sa Pantukan (Humapan)	46th IBPA

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Garito Malibato	23.03.18	Kapalong, Davao del Norte	Indigenenrechte	KARADYAWAN	Paramilitärische Gruppe Almara
Gene de Loyola, Gregorio Alarde	18.04.18	Rodriguez, Rizal	Landrechte	Maler	Unbekannt
Jerry Turga	28.04.18	Moises Padilla, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Guinpanaan Farmers Association, Kilusang Magbubukid ng Pilipinas (KMP)	Unbekannt
Fr. Mark Ventura	29.04.18	Gattaran, Cagayan	Landrechte, Bergbau	Katholische Kirche	Unbekannt
Carlos Matas	12.05.18	Labangan, Zamboanga del Sur	Journalismus	dxCA Radio	Unbekannt
Edmund Sestoso	01.05.18	Edmund Sestoso, Negros Oriental	Journalismus	dyGB Power 91	Unbekannt
Ariel Manquiran	17.05.18	Panabo City, Davao del Norte	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Bayan Muna	16th IBPA
Carlito Sawad	23.05.18	Laak, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte, Indigenenrechte, red-tagging	Nagkahiusang Mag-uuma ug Lumad sa Veruela (NAMALUVER)	60th IBPA
Beverly Geronimo	26.05.18	Trento, Agusan del Sur	Indigenenrechte, Landrechte	Tabing Guangan Farmers Association (TAGUAFA), Parents-Teachers' Community Association (PTCA)	25th IBPA
Lando Perdicos	06.06.18	Mabini, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Hugpong sa mga Mag-uuma sa Mabini (HUMABIN)	46th IBPA
Jose Unahan	06.06.18	Nasipit, Agusan del Norte	Indigenenrechte, Landrechte, Bergbau	Unyon sa Mag-uuma sa Agusan del Norte (UMAN)	Unbekannt
Dennis Denora	07.06.18	Panabo City, Davao del Norte	Journalismus	Trends and Times	Unbekannt
Nestor Dagatan Sacote	10.06.18	Baganga, Davao Oriental	Bäuer*innenrechte, bürgerlich-politische Rechte	Alyansa sa mga Mag-uuma sa Sidlakang Davao (ALMASID)	67th IBPA
Arnel Pensao	21.06.18	Compostela, Compostela Valley	Recht auf Wohnraum	San Antonio Maparat Farmers Association (SAMFA)	25th IBPA
Julius Barelano	27.06.18	San Carlos City, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte, Journalismus	Hda. Medina Farmworkers Association, formerly Radyo Bandera Sweet-FM Bacolod	Unbekannt
Joey Llana	20.07.18	Darga, Albay	Journalismus	Home Radio Legazpi	Unbekannt
Butch Rosales	08.08.18	Lapu-Lapu City, Cebu	Urbane Armut, Arbeiter*innenrechte	Rise Up for Life and for Rights	Unbekannt
Yangong Menyo	10.08.18	Impasugong, Bukidnon	Indigenenrechte, Landrechte, Bergbau	Pigyayonggaan	8th IBPA
Rolly Panebio	18.08.18	Compostela, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Bergbau, red-tagging	Compostela Farmers Association (CFA)	66th IBPA
Gilbert Labial, Jean Labial	19.08.18	Compostela, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte, Bergbau, red-tagging	Compostela Farmers Association (CFA)	66th IBPA
Annaliza Dinopol Gallardo	22.08.18	Tacurong, Sultan Kudarat	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Agrarian Reform Council for Mindanao Pioneers	Unbekannt
Mariam Uy Acob	23.09.18	Mamasapano, Maguindanao	Bürgerlich-politische Rechte	Kawagib Moro Human Rights Alliance	Unbekannt
Jaime Delos Santos	06.10.18	Guihulngan City, Negros Oriental	Landrechte, Arbeiter*innenrechte	National Federation of Small Fisherfolk (Pamalakaya)	Unbekannt
Victor Villafranca	15.10.18	Lian, Batangas	Landrechte, Arbeiter*innenrechte	National Federation of Small Fisherfolk (Pamalakaya)	Unbekannt
Cesar Carreon	17.10.18	Mexico, Pampanga	Bäuer*innenrechte, Arbeiter*innenrechte, linke Politik	Anakpawis	Unbekannt
Eglicerio Villegas, Angelifa Arsenal, Rene Laurencio, Morena Mendoza, Marcelina Dumaguit, Rannel Bantigue, Paterno Baron, Joemarie Ughayon, Marchtel Sumicad	20.10.18	Sagay City, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte	National Federation of Sugar Workers (NFSW)	Special CAFGU Active Auxiliaries (SCAA)
Dannyboy Bautista	31.10.18	Compostela, Compostela Valley	Bäuer*innenrechte	Nagkahiusang Mamumuo sa Suyafa Farms (NAMASUFA)	Unbekannt
Benjamin Ramos	06.11.18	Kabankalan City, Negros Occidental	Bürgerlich-politische Rechte, Landrechte	National Union of People's Lawyer (NUPL)	Unbekannt
Esteban Empong Sr.	18.11.18	Kitaotao, Bukidnon	Indigenenrechte, Recht auf Bildung	Tinananon Kulamanon Lumadnong Panaghuisa (Tikulpa)	19th IBPA und CAFGU

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Rommel Romon	23.11.18	San Francisco, Agusan del Sur	Indigenenrechte, Bäuer*innenrechte, Landrechte	Nagkahiusang Mag-uuma sa Agusan del Sur (NAMASUR)	Private Sicherheitskräfte der Davao San Francisco Agricultural Ventures Inc. (DSFAVI)
Linus Cubol	27.11.18	Santiago, Agusan del Norte	Arbeiter*innenrechte, linke Politik	Anakpawis, formerly Kilusang Mayo Uno (KMP)	29th IBPA
Jesus "Dondon" Isugan, Reneboy Fat, Jaime Revilla, Demetrio Fat, Constancio Languita, Jun Cubul	27.12.18	Guihulngan City, Negros Oriental	Arbeiter*innenrechte, Bäuer*innenrechte	Guihulngan United Operators and Drivers Association (GHUODA-PISTON), Kahugpungan Alang sa Ugma sa Gagmay nga Mag-uuma sa Oriental Negros (KAUGMAON-KMP)	PnP Regional Mobile Safety Battalion, 94th IBPA, 62nd IBPA, und 303rd IBPA
Gabriel Alburo	28.12.18	La Libertad, Negros Oriental	Journalismus	94.5 dyJL Like Radio	Unbekannt
Nicasio Ebio	11.01.19	Bacon, Sorsogon	Arbeiter*innenrechte, Bäuer*innenrechte, linke Politik	Anakpawis	Unbekannt
Remegio Marco Arquillos	11.01.19	Guihulngan City, Negros Oriental	Arbeiter*innenrechte	Guihulngan United Operators and Drivers Association (GHUODA-PISTON)	Unbekannt
Emel Tejero, Randedell Gallego	24.01.19	San Agustin, Surigao del Sur	Indigenenrechte, Bäuer*innenrechte, Arbeiter*innenrechte	Maluhutayong Pakigbisog Alang Sumusunod (MAPASU)	401st IBPA
Sergio Atay Jr.	29.01.19	Rizal, Zamboanga del Norte	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Magbabaul	Regional Public Safety Battalion (RPSB)
Randy Felix Malayao	30.01.19	Aritao, Nueva Vizcaya	Frieden	Peace consultant der National Democratic Front of the Philippines (NDFP)	Unbekannt
Imelda Torralba	12.02.19	Butuan, Agusan del Norte	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Unyon sa Mag-uuma sa Agusan del Norte (UMAN-Anticala Chapter)	Unbekannt
Roberto Mejia	18.02.19	Bayambang, Pangasinan	Bäuer*innenrechte, Landrechte, linke Politik	Ulopan na Umbaley ed Camp Gregg Military Reservation-KMP and Anakpawis	Unbekannt
Sanito "Tating" Delubio	01.03.19	Don Salvador Benedicto, Negros Occidental	Indigenenrechte, Bäuer*innenrechte	Balatican	Paramilitärische Gruppe Revolutionary Proletarian Army (RPA)
James Vinas	12.03.19	Borongan City, Eastern Samar	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Bayan Muna Borongan	Unbekannt
Larry Suganob	18.03.19	San Jose Del Monte, Bulacan	Bäuer*innenrechte, Landrechte, linke Politik	Pinagbuklod -Samahan ng Magsasaka sa Bulacan – KMP, Anakpawis	Sicherheitskräfte der Bangko Sentral ng Pilipinas und der Ayala Corporation
Edgardo Avelino, Ismael Avelino, Rogelio Reomono, Melchor Pañares, Genes Palmares, Mario Pañares, Ricky Reomono, Gonzalo Rosales	30.03.19	Kanlaon City, Negros Oriental	Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Hugpong Kusog Manguguma (HUKOM), Nagahiusang Mag-uuma sa Panubigan	Special Action Force (SAF), Regional Mobile Force (RMF), 94th IBPA
Anoj Enojo Rapada, Franklin Lariosa	30.03.19	Sta. Catalina, Negros Oriental	Arbeiter*innenrechte, Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Piston	SAF, RMF, 94th IBPA
Valentin Arcabal, Sonny Palagtiw, Steve Arapoc, Manolo Martin	30.03.19	Manjuyod, Negros Oriental	Arbeiter*innenrechte, Bäuer*innenrechte, Landrechte, red-tagging	Kapunongan Alang sa Ugma sa Gagmay'ng Mag-uuma sa Oriental Negros (KAUGMAON)	SAF, RMF, 94th IBPA
Datu Kaylo Bontolan	07.04.19	Kitaotao, Bukidnon	Indigenenrechte, Landrechte	Pasaka	3rd IBPA
Walter Balayo	20.04.19	Sagay City, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Task Force Mapalad	Unbekannt
Bernardino Patigas	22.04.19	Escalante, Negros Occidental	Bürgerlich-politische Rechte	North Negros Alliance for Human Rights Advocates (NNAHRA)	Unbekannt
Archad Ayao	01.05.19	Cotabato City, Maguindanao	Bürgerlich-politische Rechte	Regional Human Rights Commission (RHRC)	Unbekannt
Leonides "Dennis" Sequena	02.06.19	Tanza, Cavite	Arbeiter*innenrechte	Partido Manggagawa	Unbekannt
Felipe Dacal-Dacal	08.06.19	Escalante, Negros Occidental	Bäuer*innenrechte, Landrechte	National Federation of Sugar Workers (NFSW)	Unbekannt
Arnie Espenilla	09.06.19	San Fernando, Masbate	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Masbate People's Organization	2nd IBPA
Zando Alcovendas	10.06.19	San Fernando, Masbate	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Masbate People's Organization	2nd IBPA

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter (wenn bekannt)
Pizo Cabug	14.06.19	San Fernando, Masbate	Bäuer*innenrechte, Landrechte	Masbate People's Organization	2nd IBPA
Nelly Bagasala, Ryan Hubilla	15.06.19	Sorsogon City, Sorsogon	Bürgerlich-politische Rechte	Karapatan Sorsogon	Unbekannt
Nonoy Palma	16.06.19	San Fernando, Bukidnon	Bäuer*innenrechte	KASAMA Bukidnon	Paramilitärische Gruppe Almara
Neptali Morada	17.06.19	San Isidro, Naga City, Camarines Sur	Linke Politik	Ehemaliges Mitglied von Bayan Muna	Unbekannt
Lito Itao	27.06.19	Guihulngan City, Negros Oriental	Arbeiter*innenrechte	Guihulngan City Habal-habal United Operators, Drivers Association (GHOUDA-PISTON)	Unbekannt
Joel Anino	06.07.19	San Fernando, Bukidnon	Bäuer*innenrechte	KASAMA-Bukidnon	Unbekannt
Salvador Romano	07.07.19	Majuyod, Negros Oriental	Bürgerlich-politische Rechte	Iglesia Filipina Independiente (IFI), Karapatan	Unbekannt
Datu Mario Agsab	08.07.19	Cabanglasan, Bukidnon	Indigenenrechte	PIGYAYUNGA-AN	Paramilitärische Gruppe Almara
Eduared Dizon	11.07.19	Kidapawan, Cotabato	Journalismus	Brigada News FM-Kidapawan	Unbekannt
Anthony Trinidad	23.07.19	Guihulngan, Negros Oriental	Bürgerlich-politische Rechte	Rechtsanwalt	Paramilitärische Gruppe Kawsa Guihulnganon Batok Komunista (KAGUBAK)
Felimino Janayan	24.07.19	Zamboanguita, Negros Oriental	Bäuer*innenrechte, Landrechte	United Calango Farmer Association (UCFA)	Unbekannt
Guillermo Casas	02.08.19	San Fernando, Bukidnon	Bäuer*innenrechte	Kahugpungan sa mga Mag-uuma (KASAMA)	Unbekannt
Pastor Ernesto Javier Estrella	02.08.19	Antipas, Cotabato	Red-tagging	United Church of Christ in the Philippines (UCCP)	Unbekannt
Alex Lacay	09.08.19	Quezon, Bukidnon	Indigenenrechte, Landrechte	Kaugalingaong Sistema Igpasindog to Lumadnong Ogpaan (KASILO)	88th IBPA
Jeffrey Bayot	11.08.19	Quezon, Bukidnon	Indigenenrechte, Landrechte	Kaugalingaong Sistema Igpasindog to Lumadnong Ogpaan (KASILO)	88th IBPA

DISCLAIMER

Diese Auflistung beinhaltet 214 Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, die zwischen dem 1. Juli 2016 und dem 30. August 2019 in den Philippinen getötet wurden. Gelegentlich sind auch Angehörige oder Unbeteiligte aufgenommen worden, wenn sie im Zuge eines solchen Attentats ums Leben kamen. Unsere Klassifizierung des Begriffes „Menschenrechtsverteidiger*in“ folgt dabei der Definition des Büros des Hohen Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR).¹⁰⁰ Es wurden nur Fälle aufgenommen, in denen der Tod des Opfers bestätigt werden kann. Fälle von Zwangsverschleppung und gewaltsamem Verschwindenlassen sind somit ausgenommen. Unsere Informationen stammen größtenteils aus öffentlich zugänglichen Quellen, meist lokale Menschenrechtsorganisationen und seriöse Medienberichte. Bei allen Fällen liegt eine Verbindung zur Tätigkeit des Opfers nahe. Die Spalte „Vermuteter Hintergrund“ zeigt auf, auf welche Aktivitäten des Opfers seine Ermordung wahrscheinlich zurückzuführen ist. Kommt mehr als nur ein Hintergrund in Frage, so wurden hier mehrere Angaben gemacht. Da in keinem der aufgelisteten Fälle bislang eine Verurteilung bekannt ist, sind diese Angaben zum Motiv der Täter*innen nicht immer zweifelsfrei nachvollziehbar. Basierend auf den Anschuldigungen in unseren Quellen haben wir außerdem den Hintergrund der mutmaßlichen Täter angegeben. Auch diese Angaben lassen sich wegen der mangelnden Verurteilungen nicht unabhängig überprüfen.

Aktionsbündnis Menschenrechte –
Philippinen (amp)
c/o philippinenbüro e.V.
Hohenzollernring 52 · 50672 Köln
info@amp.ngo · www.amp.ngo

ISBN 978-3-933341-80-9

amp aktionsbündnis
mensenrechte
philippinen



Brot
für die Welt



MISEREOR
IHR HILFSWERK

missio
Internationales
Katholisches Missionswerk
Ludwig Missionsverein KdöR

VEM
Vereinte Evangelische
Mission